# Lübecker Volksbote

**Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung**

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 147. Freitag, den 27. Juni 1919. 26. Jahrg.


## Zum inneren Frieden.

Warum hat Deutschland sich bereit erklärt, diesen furchtbaren Frieden zu unterzeichnen? Damit das Leben derer geschont wird, die das vierjährige Morden überlebt haben! Damit nicht friedliche Fluren und Häuser der Heimat Schauplätze tobsüchtiger Vernichtung werden! Damit nicht die wiedereinsetzende Blockade dem Hungertode aufs neue die Sense schärft! Aber dieser kümmerliche Gewinn, mit so ungeheuren Opfern erkauft, würde zerrinnen, wenn der Bürgerkrieg das Vernichtungswerk da fortsetzte, wo es der Völkerkrieg liegen gelassen hat.

Reden wir offen: Der Bürgerkrieg droht! Die hallenden Warnrufe, die die „Freiheit" täglich morgens und abends gegen Lockspitzel ausstößt, sind ein Symptom dafür, nicht das einzige! Der Traum der Räterepublik ist noch nicht ausgeträumt, der Plan, sie gewaltsam einzuführen, noch nicht aufgegeben. Eine Gruppe auf der äußersten Linken glaubt, die Zeit zum Losschlagen gekommen und wird von ruhigeren Elementen der gleichen Gedankenrichtung nur mit Mühe zurückgehalten. Die Ruhigeren sehen als Ergebnis einer solchen Erhebung, die blutige Katastrophe voraus, die Hitzköpfe aber, und das sind nicht nur Lockspitzel, sagen: „Jetzt oder nie!"

Wenn die politische Demokratie zur Ruhe kommt, das Wirtschaftsleben wieder seinen ruhigeren Gang nimmt, die Lebenshaltung billiger wird — Folgen, die vom Friedensschluß mit Recht oder Unrecht erwartet, um nicht zu sagen befürchtet, werden —, dann wird das Ruhebedürfnis der Massen auf alle überstürzten Bewegungen wie eine Bremse wirken. Eine nur leichte Wendung zum Besseren wird in ihnen den Wunsch wecken, die verheißungsvolle Entwicklung nicht durch Gewalt unterbunden zu sehen, und der Instinkt des Volkes wird sich gegen diejenigen wenden, die die innere Ruhe stören.

Jene, vor denen die „Freiheit" warnt, mögen sie Lockspitzel sein oder nicht, wollen das Volk nicht zur Selbstbesinnung kommen lassen. Sie wollen nicht, daß Friedensgefühl und Friedensbewußtsein die Massen ergreift und auch ihre innerpolitische Haltung entscheidend beeinflußt. Sie wollen die noch nachzitternde Kriegserregung, die Verzweiflung über kaum erträgliche Lebensverhältnisse ausnützen, um die Massen in eine Bewegung hineinzureißen, an deren Ende sie eine leuchtende Befreiungstat, wir Nüchternen aber nur neues Blut und neue Trümmer erblicken.

Die Unabhängigen haben noch immer, wenn eine solche Welle kam und wenn sie sich von ihr fortreißen ließen, die Rechtssozialisten für alles Unheil verantwortlich gemacht. Aber um zu hundert alten Beweisen für das Unrecht dieser Behauptung einen neuen zu fügen: die Wiener Genossen sind keine Rechtssozialisten, sie haben keinen Noske, und doch haben sie kürzlich einen Kommunistenaufstand blutig niederschlagen müssen, wobei es zahlreiche Tote und Verwundete gab. Und kämen heute die Unabhängigen ans Ruder, auch sie würden alsbald vor die Wahl gestellt sein, sich entweder von den Kommunisten glatt wegfegen zu lassen oder nach dem alten römischen Rechtsgrundsatz zu handeln: »Vim vi repellere licet«, „Gewalt darf mit Gewalt zurückgewiesen werden".

Auch die Gefahr von rechts wollen wir nicht unterschätzen, obgleich wir fast versucht wären zu bedauern, daß sie nicht größer ist. Den deutschen Arbeitern würde erst recht klar werden, was die demokratische Staatsform für sie bedeutet, wenn der Versuch gemacht würde, sie von rechts her anzugreifen. Dieser Versuch würde ein im Zeichen der Demokratie geeintes Proletariat finden und in ihm den Willen stärken, das mit Gefährdung des eigenen Lebens verteidigte Rechtsgut nach allen Seiten hin zu schützen. Ohne diesen Willen geraten wir aber immer nur tiefer in das Chaos hinein.

Die Unabhängigen fordern mit lauter Stimme Aufhebung des Belagerungszustandes und Freilassung aller politischen Häftlinge. Wo ist der Sozialdemokrat, der nicht mit seinem Herzen dieser Forderung zustimmte. Aber welche Garantie können die Unabhängigen dafür geben, daß der Aufhebung des Belagerungszustandes nicht sofort seine Wiedereinführung durch die Kommunisten, der Amnestie nicht sofort die Hinschlachtung Unschuldiger, wie in München, folgen würde? Scheidemann rief auf dem Parteitage in Weimar: „Nieder mit dem Belagerungszustand!" er meinte damit allerdings auch den Belagerungszustand, der von Unabhängigen und Spartakisten verhängt wird, und gegen den die „Freiheit" noch niemals ein Wort der Kritik gesagt hat.

Drohte nicht die Gefahr der Vernichtung der Demokratie durch diktatorische Gelüste, so wäre allerdings jede Einschränkung der staatsbürgerlichen Freiheit unmoralisch und unerträglich. Welche Garantie vermag die „Freiheit" dafür zu bieten, daß auf Belagerungszustand und gewaltsame Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte allseitig verzichtet wird? Solange dieser allseitige Verzicht nicht ausgesprochen ist, handelt es sich doch in Wahrheit gar nicht darum, ob der Belagerungszustand bestehen soll oder nicht, sondern nur darum, wer ihn verhängt.

Schon macht sich in den breiten Massen der Arbeiterschaft eine Ernüchterung bemerkbar. Besonnene Elemente gewinnen wieder die Oberhand, die sich in keinen Kampf einlassen wollen, ohne zu wissen, was sein Preis sei. Sie wollen sich nicht für das politische Rätesystem die Köpfe einschlagen, solange sie nicht wissen, wie es aussieht, und wenn von Sozialisierung gesprochen wird, genügt ihnen nicht mehr das bloße Schlagwort, sondern sie wollen egoistische Vorherrschaft Einzelnen Weg und Ziel deutlich sehen. Der Sozialismus kann bei einer solchen Entwicklung der Geister nicht verlieren, sondern nur gewinnen, denn Schwierigkeiten überwinden kann nur der, der sie vorerst erkannt hat und nicht in erwachendem Lichtrausch mit dem Kopf gegen dicke Mauern taumelt.

Laßt der Demokratie Zeit sich auszuwirken! In absehbarer Zeit wird die Nationalversammlung dem ersten Reichstag der deutschen Republik weichen, der nach den Wünschen des Volkes zusammengesetzt sein soll. Entspricht die Nationalversammlung nach fünfmonatigem Bestande nicht mehr der Volksmeinung, dann laute die Parole nicht „Beseitigung der Demokratie!", sondern „Neuwahl". Laßt den staatlichen, den städtischen Parlamenten Zeit zur positiven Tätigkeit, und wenn auch die nicht befriedigt, wählt nach Ablauf ihrer Tagungsdauer neue Vertreter, die euch besser zusagen. Aber alle die Ihr den ganzen Frieden wollt, den inneren wie den äußeren, habt Achtung vor dem Recht jedes einzelnen, habt Respekt vor dem Menschenleben!

Draußen ist das Werk getan, es ist nicht geraten, wie wir es wollten, aber es ist! Nun, Pazifisten, an die innere Front! („Vorwärts.")

## Der Gewaltfrieden.

**Die Reichsminister Hermann Müller und Dr. Bell haben sich auf einmütiges Ersuchen der Reichsregierung entschlossen, nach Versailles zwecks Unterzeichnung des Friedensvertrages zu gehen.**

Nach den Erklärungen, die Clemenceau in Privatbesprechungen im Palais Bourbon abgegeben hat, wird die Unterzeichnung des Friedensvertrages am nächsten Dienstag, nachmittags 2 Uhr, stattfinden.

Die Polen hatten eine Meldung verbreitet, daß die deutsche Regierung einen Widerstand im Osten unterstützen werde. Sie sind durch die Treibereien gewisser Kreise in dieser Meinung bestärkt worden, und General Hoffmann hat ja ausdrücklich erklärt, er werde sich den Anordnungen der Regierung nicht fügen. Mit diesem General, der glaubt, auch heute noch wie in Brest-Litowsk mit der Faust auf den Tisch schlagen zu können, hat die Regierung bereits abgerechnet. Sie hat ihn seines Amtes enthoben.

Die Oberste Heeresleitung gibt durch WTB. einen Bericht über die Verhandlungen, die zwischen ihr und der Regierung vor dem Friedensschluß gepflogen worden sind. Am 20. Juni hat Hindenburg dem Reichswehrminister eine Erklärung übersandt, wonach bei Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vorübergehende Erfolge im Osten möglich, dagegen im Westen die Lage ziemlich unhaltbar sei. Ein günstiger Ausgang der Gesamtoperationen sei daher sehr fraglich, aber als Soldat müsse er den ehrenvollen Untergang einem schmählichen Frieden vorziehen.

Am 23. Juni vormittags wurde der Obersten Heeresleitung aus Weimar berichtet, daß der Friedensvertrag wahrscheinlich angenommen werden würde. Major v. Gilsa habe die militärische Lage dahin erläutert, daß die Truppen jedenfalls der großen Masse sich der Haltung der Regierung nicht anschließen könnten. General v. Lüttwitz habe dem Reichswehrminister telephonisch mitgeteilt, daß er und seine Offiziere über die Frage des Abschieds noch nicht schlüssig seien, denn es bestände die Gefahr, daß die führerlosen Truppen bolschewistisch würden. Kurz vor 12 Uhr telephonierte der Reichspräsident den Ersten Generalquartiermeister persönlich an und bat nochmals um Auskunft, welche Stellung die Truppen zu der bevorstehenden Annahme nehmen würden, man befürchte nach den Mitteilungen des Generals v. Lüttwitz an den Reichswehrminister Militärrevolten.

Auf diese Frage erfolgte um 12 Uhr mittags die nachstehende Antwort des Ersten Generalquartiermeisters, nicht in seiner dienstlichen Eigenschaft, sondern, wie er ausdrücklich erklärte, als Deutscher, der die Gesamtlage klar übersieht. Er sei verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß ein Kampf nach vorübergehenden Erfolgen im Osten im Enderfolg aussichtslos sei und daß nur, wenn Noske in einem öffentlichen Aufruf die Notwendigkeit des Friedensschlusses darlegen und von jedem Offizier und Soldaten verlangen würde, daß er auch bei Unterzeichnung des Friedens im Interesse der Rettung unseres Vaterlandes auf seinem Posten bleibe und seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dem Vaterlande tue, Aussicht bestehe, daß das Militär sich hinter ihn (Noske) stelle und damit jede neue Umsturzbewegung im Innern, sowie Kämpfe nach außen im Osten verhindert würden.

Weitere Schritte der Obersten Heeresleitung sind in der Friedensfrage nicht getan worden.

*

### Auswärtige Stimmen.

Die sozialistische Gruppe der französischen Kammer beschäftigte sich mit dem Friedensvertrag. Der rechte Flügel der Partei unter der Führung der Abgeordneten Varenne und Thomas erklärte, sie seien mit jedem Frieden einverstanden, der den Krieg beendigte. Dagegen erklärte Marcell Sembat, daß der Friede keine Dauer verspreche, daß namentlich die Polenfrage zu schweren Bedenken Anlaß gebe, und daß zu befürchten sei, Deutschland werde sich mit Rußland gegen Frankreich verbinden. Longuet erklärte, daß der Friede sowohl die Interessen Frankreichs wie der ganzen Welt verletze. Mayeras behauptete, daß der Friede nicht eine einzige Zeile enthalte, die nicht abscheulich wäre. Dieser Friede sichert die

„Der „Avanti" schreibt: Deutschland unterschreibt, denn wenn „Freiheit, Gerechtigkeit und Recht" ihm das Messer an die Kehle setzen, gibt es keinen anderen Ausweg. Vergebens hoffte Deutschland die Welt zu überzeugen, daß Millionen und aber Millionen Frauen und Kinder schuldlos sind, die Entente wollte davon nichts wissen. Entweder liefert ihr euch mit gebundenen Händen und Füßen aus und vernichtet euch politisch, wirtschaftlich und moralisch selbst, oder aber, wir werden diese Millionen Frauen und Kinder buchstäblich Hungers sterben lassen. Denn wir werden sofort eine neue unversöhnliche, wilde Expedition gegen euch Wehrlose unternehmen, und zwar im Zeichen der 14 Punkte Wilsons und für Freiheit, Gerechtigkeit und Recht. Mag Kardinal Amette alle Pariser Glocken läuten lassen, mag das Frankreich Clemenceaus vor Freude wahnsinnig werden, die Unterzeichnung des Versailler Friedens bedeutet neuen Krieg, neuen Haß, neues Elend. Schon regt es sich im Osten gegen die Entente; auch in Deutschland sind die großen Energien nicht erloschen, und so wird dereinst der Versailler Vertrag unfehlbar ein „Papierfetzen" sein und die Völker werden den wahren Frieden schaffen."

Der sozialistische „Daily Herald" schreibt: Deutschland kann den Vertrag nicht halten und wird es auch nicht tun. Es würde einen auf Gerechtigkeit aufgebauten Vertrag respektiert haben, da dies in seinem Interesse und dem der ganzen Welt gelegen hätte. Es ist falsch, daß wir Deutschland zur Unterzeichnung zwingen. Wir würden sehr töricht sein, wenn wir den Frieden, der keiner ist, mit verfrühten Freudenkundgebungen feierten.

## Militaristische Putsche in Berlin.

Donnerstag nachmittag gegen 6 Uhr erschienen vor dem Hause des Vollzugsrates 2 Lastautos mit Soldaten unter Führung eines Oberleutnants. Der Versuch, eine telephonische Verbindung mit dem Reichswehrminister herzustellen, wurde gehindert. Unseren Genossen gelang es, festzustellen, daß die unabhängigen Mitglieder des Vollzugsrates verhaftet werden sollten, weil in der letzten Nacht vom Vollzugsrat aus ein Telephongespräch mit Hamburg geführt worden war, welches auf eine Berliner Hilfsaktion für die jetzigen Machthaber in Hamburg hinauslief. Richard Müller und Ernst Däumig waren nicht anwesend. Verhaftet wurden 6 Unabhängige. Die anwesenden sozialdemokratischen Mitglieder des Vollzugsrates schlossen sich den Verhafteten an, um ihre Solidarität mit den Kollegen zu bekunden. Die Freilassung ist inzwischen wieder erfolgt.

Dazu schreibt das „Hamburger Echo": Es handelt sich bei diesem Ueberfall auf den Berliner Vollzugsrat ganz offensichtlich um einen hinter dem Rücken der Reichsregierung ausgeführten Willkürakt des Offiziers. Die Verhaftung wird ja nicht aufrechterhalten werden können, weil das angebliche Telephongespräch, falls es überhaupt stattgefunden hat, schwerlich den behaupteten Inhalt gehabt hat. Die „jetzigen Machthaber" in Hamburg sind immer noch Senat und Bürgerschaft beziehungsweise der Stadtkommandant und haben ganz gewiß keine Hilfsaktion von der Berliner U. S. P. verlangt. Die Hamburger Unabhängigen haben auch die politische Macht keinen Augenblick innegehabt. Die durch ihre Gewaltakte in den Besitz öffentlicher Gebäude gelangten lichtscheuen Elemente sind ihrer politischen Richtung nach überhaupt noch nicht bekannt. Wenn Wolffs Bureau sich von „zuständiger Seite" melden ließ, die politische Macht sei auf Volkswehr und Betriebsräte übergegangen, so lag auch darin nur eine Irreführung der Oeffentlichkeit. Aber diese Irreführung scheint gewissen Leuten in Berlin sehr willkommen gewesen zu sein zur Anzettelung solcher Putsche, wie er gegen den Vollzugsrat verübt worden ist.

Nach anderer Meldung sind die Verhafteten: Wegmann, Maltzahn, Neumann und Neuendorf. Die Vollzugsratsmitglieder wollten gerade das Gebäude verlassen. Sie wurden von den Truppenführern festgenommen. Auf die Frage: „Was wünschen Sie von mir?" erklärte der Offizier: „Mein Befehl lautet, das Gebäude zu besetzen und alle anwesenden Mitglieder zu verhaften." Es wurde dann noch ein schriftlicher Haftbefehl vorgezeigt, der aber nicht die Unterschrift des Reichswehrministers trug. Die vier Festgenommenen wurden zunächst in das Gebäude zurückgebracht. Hier wurde das Bureau des Vorsitzenden Richard Müller von zwei Kriminalbeamten durchsucht und sämtliche Schriftstücke beschlagnahmt. Darauf wurden auch noch, außer den obengenannten, sechs andere Mitglieder des Vollzugsrates festgenommen und alle zusammen nach dem Reichswehrministerium gebracht. Später wurden sie dann bis auf die vier Genannten wieder entlassen, welche in Schutzhaft genommen wurden. Gleichzeitig wurden 7 Unterangestellte des Vollzugsrates in Haft behalten.

*

### Hochverratsrede des Generals Hoffmann.

Die Rede des Generals Hoffmann, worin er die Fortsetzung des Krieges im Osten ankündigt, wurde als Flugblatt verbreitet. Die Regierung erblickt in dem Flugblatt die Verherrlichung des Hochverrats eines Generals, der deshalb seines Postens enthoben und zur Verantwortung gezogen worden ist. Noske hat die Beschlagnahme der Flugblätter und die Festnahme seiner Verbreiter angeordnet.

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

### Entente-Noten über Scapa-Flow.

Eine Note Clemenceaus an die deutsche Delegation besagt: Das Versenken der deutschen Flotte in Scapa Flow bildet eine Verletzung der Artikel 23 und 21 der Waffenstillstandsbedingungen und ist ein krasser Fall von Treulosigkeit und mutwilliger Verletzung der Friedensbedingungen. Das Verbrennen der französischen Fahnen ist ebenfalls eine derartige Verletzung der Friedensbedingungen. Die Alliierten werden die nötige Schadenvergütung fordern und die Berechtigung, die verantwortlichen Personen vor militärische Gerichtshöfe zu ziehen, wenn die Untersuchung beendet ist. Die Versenkung der Flotte kann von den alliierten und assoziierten Mächten nicht nur als eine Verletzung des Waffenstillstandsvertrages, sondern auch als eine vorweggenommene systematische Verletzung der Friedensbedingungen betrachtet werden.

Es sei dies nicht der einzige Fall. Die Verbrennung der französischen Fahnen in Berlin bedeute ebenso eine Verletzung der Friedensbedingungen. Die alliierten und assoziierten Mächte erklären daher, daß sie von diesen Taten als Zeichen bösen Willens Kenntnis nehmen und sie sogleich nach Beendigung der Untersuchungen die notwendigen Wiedergutmachungen fordern werden. Eine Wiederholung solcher Akte müßte eine sehr unglückliche Wirkung auf die künftige Ausführung des Friedensvertrages haben. Deutschland werde sich nicht beklagen dürfen, wenn die alliierten und assoziierten Mächte alle Mittel, die ihnen durch den Vertrag, insbesondere durch den Artikel 429 zugebilligt sind, in Anwendung bringen.

Der angezogene Artikel bestimmt unter anderem, daß die Räumung des linken Rheinufers in drei Zonen von 5 zu 5 Jahren verzögert werden kann, wenn die Garantie gegen einen deutschen Angriff als nicht mehr genügend erscheint.

### Die Opfer des Frevels von Scapa Flow.

Der „Daily News" vom 24. Juni wird aus Thurso gemeldet, daß die Schätzungen über die Verluste der Deutschen bei der Versenkung der Schiffe sehr auseinandergehen. Nach einem Bericht sollen 100 Mann umgekommen sein, nach anderen Berichten mehrere hundert.

### Maßregelung von Angestellten.

In der preußischen Landesversammlung brachte Genosse Lüdemann die vielsagende Anfrage ein, ob es der Staatsregierung bekannt sei, daß technische Angestellte von ihrem Arbeitgeber deswegen entlassen worden sind, weil sie als Stadtverordnete bezw. Bürgerdeputierte an städtischen Kommissionssitzungen teilgenommen und dadurch während einer nicht erheblichen Zeit den Dienst versäumt hatten.

Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um für die Zukunft derartige Maßregelungen zu verhindern und Angestellten wie Arbeitern die unbehinderte Ausübung städtischer Ehrenämter zu gewährleisten?

### Schwere Beschuldigungen gegen Kriegsberichterstatter Scheuermann.

Nach dem „Pariser Journal" ist die Verhaftung Scheuermanns wegen Beschuldigung von Diebstahl und Plünderungen, begangen 1918 im besetzten Gebiet, erfolgt. Damals war Scheuermann Kriegsberichterstatter und hatte sein Quartier in Charleville. Kollegen, die ihn aus dieser Zeit kennen, halten die Beschuldigung für vollkommen unwahr. Das Haus, in dem er in Charleville wohnte, soll bereits vollkommen ausgeraubt gewesen sein, als es von den Deutschen bezogen wurde.

## Oesterreich.

**Auch der mindeste Richter verurteilt.** Die Wiener „Arbeiterzeitung" begleitet die Tatsache, daß unterschrieben werden mußte, mit einem Rückblick auf die Taktik der U. S. P.: „Es war wohl wenig überlegt, daß die Unabhängigen, kaum daß der erste Entwurf vorlag, die Annahme sofort gefordert haben. Mit dieser Taktik hätte Deutschland nicht die doch gar nicht unbedeutenden Zugeständnisse erlangt, die die Entente, um die Annahme zu erhalten, schließlich bewilligt hat. Aber nun die Entscheidung in Versailles gefallen ist und das Unannehmbar doch auch Früchte getragen, wäre die Ablehnung geradezu ein Halardspiel." — Dieses Unannehmbar hätte reichere Früchte getragen, wenn die Unabhängigen es nicht von der ersten Stunde an durchkreuzt hätten.

## Ungarn.

**Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Räte-Republik.** Nach Meldungen aus Budapest steht das Ausscheiden der Sozialisten aus der Räteregierung bevor. Die „Mittagpost" meldet aus Budapest: Seit einigen Tagen finden in Budapest Demonstrationen statt. Die Unzufriedenheit der Arbeiter wächst, trotzdem sie in der Stunde 8,50 Kronen und für den Tag 68 Kronen Lohn erhalten, immer mehr, da sie für das meiste Geld keine Lebensmittel bekommen können. Die Bewegung, die von den Eisen- und Metallarbeitern ausging, hat nun auf weitere Gruppen übergegriffen. Es ist auch bereits zu größeren Ausschreitungen und Demonstrationen vor dem Hotel Ungaria und dem Sowjethause gekommen. Hierbei gab es einige Verwundete. Die Volkskommissare, die bisher im Sowjethause wohnten, mußten ihren Aufenthalt, der dort unsicher geworden war, nach der Margareteninsel verlegen.

**Ein gegenrevolutionärer Streich in Budapest.** In Budapest bemächtigten sich am Dienstag gegenrevolutionäre Offiziere eines Donaumonitors und besetzten eine Artilleriekaserne. Von dem Donaumonitor wurden drei Granatschüsse gegen das am Donauufer gelegene Sowjethaus abgefeuert. Eine Anzahl Soldaten, sowie Zivilisten, darunter besonders zahlreiche Frauen und Kinder fielen der Schießerei zum Opfer. Die gegenrevolutionäre Bewegung wurde nach offiziellen Verlautbarungen der Sowjetregierung in verhältnismäßig kurzer Zeit niedergeschlagen. Es haben große Demonstrationen stattgefunden.

## Rußland.

**Russische Zustände.** Die Petersburger Prawda teilt mit, daß mehrere Distrikte auf eigene Hand besonderes Papiergeld ausgegeben haben. Das Blatt gibt gleichzeitig eine trostlose Schilderung des Zustandes in den Landstädten und Dörfern. Der größte Teil der Sowjetbeamten sei, so heißt es in dem Blatt, heute genau so korrupt, wie unter dem zaristischen Regime. Man findet immer noch dieselben Laster: Korruption, Gelderpressung, Spielsucht und Trunksucht. Die erlassenen Verordnungen werden von den Behörden ignoriert, und die Sowjetbeamten seien der Gegenstand allgemeiner Verachtung. Die Versuche, ihre Moral zu heben, seien ganz hoffnungslos. Neuwahlen seien zwecklos, da dabei nur dieselben Personen wiedergewählt würden. Schließlich geißelt die Prawda die bisher befolgte Politik von Moskau, das Land und die Dörfer lediglich als Lebensmittelzentralen zu betrachten, anstatt dafür zu sorgen, sie zum Kommunismus zu bekehren.

## England.

**Die Arbeiterbewegung.** Bei Eröffnung des Jahreskongresses der englischen Arbeiterpartei in Southport waren 940 Delegierte anwesend. Es kam gleich zu einer lebhaften Debatte über die Frage einer direkten Aktion. Der Vorsitzende sprach für ein Verbleiben auf dem konstitutionellen Wege, der zur Eroberung der politischen Macht führen werde. Der Sekretär der Transportarbeiter, Williams, trat unbedingt, der der Grubenarbeiter, Smillie, bedingt für die Anwendung von Streiks zur Erreichung politischer Ziele ein. Dieser beantragte die Zurückweisung des Berichts der Exekutive über eine direkte Aktion zur weiteren Erwägung. Nach einer heftigen Debatte, in der sich Henderson, Burton und Brace gegen Williams und Smillie erklärten, beschloß man, später in einer besonderen Entschließung über diese Frage abzustimmen.

**Meuterei in einem Truppenlager.** In Surrey Camp in England meuterten viertausend Mann. Vierhundert Soldaten wurden von zwei dazu beauftragten Bataillonen verhaftet und achtzehnhundert Mann zwangsweise aus dem Lager fortgebracht. Schon vor zehn Tagen hatten die jetzt offen meuternden Soldaten aus fünf Mann einen Soldatenrat gebildet. Angeblich gehen die Unruhen lediglich von früheren Munitionsarbeitern aus, die jetzt eingezogen sind, um die in Frankreich stehenden belgischen Soldaten zu ersetzen.

## Kanada.

**Aufruhr in Winnipeg.** Laut „Nieuwe Rotterdamschen Courant" veranstalteten die nach Winnipeg zurückgekehrten Soldaten eine Kundgebung. Sie mußten vor dem Rathause durch Reiterei auseinander getrieben werden. Eine Menge von 10 000 Menschen griff die Reiterei mit Stöcken und Steinen an. Nachdem der Bürgermeister die Strafbestimmungen über Aufruhr vorgelesen hatte, wurde auf die Volksmenge geschossen. Fünf Menschen wurden getötet, 80 verwundet, 300 verhaftet.

## Amerika.

**Rückkehr von Deutschen.** Die Vereinigten Staaten von Amerika werden, nach einer Pariser Meldung, allen internierten Deutschen, die es wünschen, erlauben, nach Deutschland zurückzukehren. Der erste Transport, darunter verschiedene Offiziere der Handelsflotte und eine Anzahl Zivilisten, ging nach Rotterdam ab.

### Kleine politische Nachrichten.

In der gestrigen Sitzung der preußischen Landesversammlung wurde bei Besprechung der Friedensfrage gegen die Stimmen der Rechtsparteien und der Unabhängigen der Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Die Regierung bleibt im Amt.

In der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte erschien Ledebour, stürmisch bejubelt und hielt eine Rede gegen die Justiz und für die Einigung mit den Kommunisten.

Der preußische Minister des Innern hat angeordnet, daß in ganz Preußen mit Ausnahme der besetzten Gebiete im Westen und Osten für alle Bezirke, in denen zurzeit der Belagerungszustand besteht, die Frage besonders nachgeprüft werden soll, ob eine Wiederaufhebung jetzt möglich ist. Soweit es der Fall ist, sind seitens der zuständigen Behörde entsprechende Anträge auf schleunigstem Wege zu stellen.

In einer Vollversammlung der Arbeiterausschüsse der gesamten Betriebe der Bismarckhütte in Kattowitz wurde beschlossen, den Generaldirektor Thiele abzusetzen.

Die Pressestelle des Staatskommissariats erläßt einen Aufruf, in dem vor dem Generalstreik gewarnt wird, den man in Oberschlesien von kommunistischer Seite anzuzetteln versucht.

---

# Die Lage in Hamburg.

Der gestrige Tag verlief in der Stadt ruhig. Die Volkswehr wurde durch den Anschluß der organisierten Arbeiter verstärkt und vom Mittag an zogen Gruppen von je vier Mann mit schmalen roten Armbinden mit dem Aufdruck „Volkswehr Groß-Hamburg" durch die Stadt.

Am Nachmittag kamen 26 Bewaffnete, teils in Zivil, teils in Uniform, mit der Hochbahn in Ohlsdorf an und versuchten unter der Führung eines Sergeanten über die Brücke in das Gefängnis in Fuhlsbüttel einzudringen, um die politischen Gefangenen zu befreien. Als sich ihnen Schwierigkeiten entgegenstellten, zogen sie sich auf den Ohlsdorfer Bahnhof wieder zurück, um dort Verstärkung zu erwarten. Sie hatten bereits vorher den Versuch gemacht, gegen die Korrektionsanstalt vorzugehen, die jedoch besetzt war. Unter Zurücklassung einiger unbewaffneter Beobachter zog sich der Trupp unter Mitnahme sämtlicher Waffen in der Richtung nach Barmbek zurück.

In der Nacht zum Donnerstag sind trotz der verstärkten Patrouillen zahlreiche Banden in den Außenbezirken der Stadt, vor allem in Harvestehude, Rothebaum und Uhlenhorst am Werk gewesen. Unter Drohungen erpreßten sie von den Villenbesitzern Geld, Lebensmittel und Wertgegenstände.

In Altona erschienen in der Nacht zum Donnerstag etwa zehn bis fünfzehn Männer, teils in Marine-, teils in Feldgrauuniform, teils Zivilisten, darunter der berüchtigte Ein- und Ausbrecher Max Berlin, im Landgerichtsgebäude und verübten dort den bereits gemeldeten Vandalismus. Diese Horde hatte beabsichtigt, auch die Stadtkasse im Rathause und das Polizeiamt zu plündern, um hier in derselben Weise zu hausen, wie in den Gerichtsgebäuden. Der Oberpolizeiinspektor Weiß hatte aber Vorsorge getroffen und ein verstärktes Aufgebot in die bedrohten Gebäude gelegt, die auch durch Mitglieder der Volkswehr beschützt werden. Von den befreiten Strafgefangenen konnten während der Nacht zehn bereits wieder ergriffen und in Haft gebracht werden.

In der Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute die gestern nachmittag im Gewerkschaftshaus tagte, wurde nach langer Beratung eine Entschließung angenommen, den Regierungstruppen keinen Widerstand mit der Waffe in der Hand zu leisten. Der Senat erläßt eine Kundgebung, in der es heißt: Unwahr ist es, wie von unbenannter Seite verbreitet wird, daß die politische Gewalt auf die Betriebsräte und die Volkswehr übergegangen sei. Die von Euch nach dem freiesten aller Wahlrechte gewählte Bürgerschaft ist nach wie vor Eure berufene Vertretung und der von der Bürgerschaft gewählte Senat Eure gesetzmäßige Regierung.

Am Donnerstag nachmittag sammelte sich eine große Volksmenge vor dem Allgemeinen Krankenhaus in Barmbek, wo der Stab der Reichswehrtruppen einquartiert ist. Darauf sprach ein Offizier des Stabes zu den Leuten, die darnach allmählich den Platz räumten. An der Hamburger Grenze wurde ein Posten in der Stärke eines Zuges aufgestellt.

Das „Hamburger Echo" schreibt unter anderem zu den Vorgängen: Für die wilde Bewaffnung unkontrollierbarer Volkshaufen, die seit einigen Tagen in Hamburg herrschen, hatte zunächst keine der bestehenden Parteirichtungen die Verantwortung übernehmen wollen, auch die Kommunisten nicht, die sich sogar an der sogenannten Ent- und Bewaffnungskommission beteiligten, allerdings zu dem immer deutlicher hervortretenden Zweck, vor allem ihre Anhänger zu bewaffnen. Indessen meldet sich nun auch eine politische Richtung, die direkt dazu auffordert, den Entwaffnungsbeschluß nicht zu befolgen, sondern die Waffen zu behalten und ihre Ablieferung von der Erfüllung einer Reihe politischer Forderungen abhängig zu machen.

Diese Richtung nennt sich „die freien Sozialisten". Namen werden nicht genannt. Das von ihnen herausgegebene Flugblatt, das jene Aufforderung enthält, ist auch nur in wenigen Exemplaren verbreitet. Aber es wird sich zeigen, daß die von ihm ausgegebene Parole doch mehr Beachtung findet, als die unauffällige Verbreitung ahnen läßt.

Nach dem Auftrag, den die genannte Kommission erhielt, sollen alle widerrechtlich geraubten Waffen an die Volkswehr zurückgegeben werden. In dem erwähnten Flugblatt aber heißt es:

Arbeiter, Proletarier! Haltet fest, was Ihr habt! Die Stunde der Entscheidung naht — sie ist da! Sieg des Proletariats oder Untergang! Laßt Eure Interessen nicht verhandeln; handelt selbst. Ihr habt jetzt Euer Geschick in der Hand!

Und nach einer Reihe schwulstiger Phrasen im gleichen Stil, nach Aufzählung einer Reihe im Augenblick jedenfalls ganz undurchführbarer Forderungen, wie: 1. Einziehung aller Geld- und sonstigen Werte von der Kommune; 2. Annullierung aller materiellen Verpflichtungen; 3. Ausgabe von Lebensmitteln nur auf Lebensmittelkarten und Verpflegung der Bevölkerung durch die Kommune; 4. Organisierung der Produktion durch die Betriebsräte auf der Grundlage des Bedarfes und der verfügbaren Arbeitskräfte — heißt es zum Schluß nochmals:

Haltet Eure Waffen so lange in der Hand, bis diese Forderungen durchgeführt sind. Laßt Euch nicht wieder durch die parteipolitischen „Führer" entzweien.

Das ist die nackte Aufforderung zum Verrat an den gestern beschlossenen Vereinbarungen aller drei Richtungen der Arbeiterbewegung Hamburgs, und darum können wir bis zum Beweis des Gegenteils nicht annehmen, daß die Parteileitungen der U. S. P. oder der K. P. D. irgendeinen Zusammenhang mit denen „Freien Sozialisten", die zur Verweigerung der Waffenabgabe aufreizen, haben.

Aber es genügt nicht, die Gemeinschaft mit diesen Leuten abzulehnen; es muß auch dafür gesorgt werden, daß die von ihnen weiterbetriebene wilde Bewaffnung nun schleunigst ein Ende nimmt durch sofortige Ablieferung aller Waffen, die sich noch in unrechtmäßigen Händen befinden. Dazu haben sich alle drei Parteien verpflichtet, und nur die strikte Erfüllung dieser Pflicht bürgt dafür, daß der Einmarsch von Reichstruppen unterbleibt. Erfolgt er trotz unserer Bemühungen, ihn von Hamburg fernzuhalten, so ist das ganz allein die Schuld jener Elemente, die mit Gewalt verhindern wollen, daß die gefaßten Beschlüsse zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung durch die Bevölkerung Hamburgs selbst ausgeführt werden können. Es handelt sich hier um einen Versuch, die Bevölkerung Hamburgs — und zwar die Arbeiterschaft genau so wie das Bürgertum — in ähnlicher Weise zu vergewaltigen, wie es in Berlin, Bremen, München geschehen ist.

---

# Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 27. Juni.

## Zum Quartalswechsel.

Die dem deutschen Druckgewerbe durch Schiedsspruch des Reichs-Arbeitsamtes vom 5. Mai ds. Js. ab auferlegte weitere erhebliche Lohn-Teurungszulagen und die dauernde weitere Steigerung der Preise aller für die Herstellung von Zeitungen benötigten Stoffe als Papier, Farbe usw., sowie aller Betriebsunkosten nötigen die Verlage aller lübeckischen Tageszeitungen vom 1. Juli ab eine geringe Erhöhung der bisherigen Bezugspreise eintreten zu lassen.

Der Bezugspreis des „Lübecker Volksboten" beträgt vom 1. Juli 1919 ab vierteljährlich 4,50 Mk. frei ins Haus, monatlich 1,50 Mk. frei ins Haus (durch die Post bezogen ausschließlich Bestellgeld).

Wir hoffen, daß die Bezieher unseres Blattes diese durch die Teuerungsverhältnisse gebotene Erhöhung des Bezugspreises als gerechtfertigt anerkennen und ihm nicht nur die Treue bewahren, sondern es sich auch als einen neuen Ansporn dienen lassen werden, in der Agitation für dasselbe nicht zu erlahmen und ihm immer mehr neue Leser zuzuführen. Insbesondere die Frauen rufen wir bei dieser Gelegenheit erneut zur fleißigen Werbearbeit für unser sozialdemokratisches Organ auf, da es jetzt gerade eine zwingende Pflicht der Frauen ist, sich durch geeignete Zeitungslektüre die für ihre politische Betätigung so notwendige genaue Kenntnis der Ziele und Forderungen der Sozialdemokratie zu verschaffen. Ist es doch gerade die deutsche Sozialdemokratie gewesen, die der deutschen Frau das errungen hat, was alle anderen Parteien ihr nicht geben konnten oder wollten, die politische Gleichberechtigung.

**Verlag und Redaktion des „Lübecker Volksboten".**

---

### Erste Ernte.

In den Gärten beginnt jetzt die Ernte. Die Spinat- und Radieschenbeete sind ja längst gesäubert und frisch bestellt. Nun sind die ersten Frühgemüse herangereift. Da heißt es tüchtig zugreifen. Die Schoten wollen gepflückt sein. Auch die ersten zarten Kohlrabiknollen können jetzt in den Kochtopf wandern, wo sie den eintönigen Küchenzettel ein wenig auffrischen können. Für Gemüsebedarf ist allgemach gesorgt. Aber auch die Erdbeerernte ist allmählich in ihren vollen Gang hineingekommmen. Das ist etwas für die Leckermäuler: ein begehrter Nachtisch und durststillend zugleich. Die purpurroten, saftigen Früchte wandern in Körbe, Schalen und bauchige Schüsseln. Und wie eine Kostbarkeit werden sie heimgetragen oder an Ort und Stelle verzehrt.

Das sind Festtage für den städtischen Arbeiter und seine Familie. Denn der Lohn wird nun sichtbar für alle aufgewandte Mühseligkeit. Gern nimmt er diese erhöhte Arbeit auf seine alltagslastengewohnten Schultern. Mag sie mitunter auch allerlei Anforderungen an die Spannkraft stellen, sie wird gern geleistet. Denn diese Arbeit gibt ihm nicht nur in gewisser Weise Freude und Erholung, sondern sie ermöglicht ihm auch eine Art Ausgleich zwischen dem knapp bemessenen Inhalt seines Geldbeutels und der fast unerschwinglichen Höhe der herrschenden Preise auf dem Markt und in den Lebensmittelgeschäften. Das will heutzutage immerhin etwas Wichtiges bedeuten!

Und hier ist die Arbeit nicht ausschließlich auf die Hände des Familienvaters allein angewiesen. Denn solchen Anforderungen würde er wohl kaum gerecht werden können. Alle, die zum Häus-

halt gehören, können mitarbeiten: Frau und Kinder und Großeltern. Selbst die schwächlichsten Hände sind hier draußen nicht zu entbehren. Da tummeln sie sich denn auf dem Gartenland. Die alten Leute, die Kinder nachmittags, und abends und an den Sonn- und Festtagen alle, die zum engeren Haushalt gehören und einen Anspruch auf die kleinen Erträgnisse des „Stadtpachtrittergutes" haben. Denn hier winkt allen freudige und genugtuende Belohnung. Nun aber, da die Ernte allmählich in erhöhtem Maße einsetzen will, tun alle die gemeinsame Arbeit doppelt gern und doppelt freudig! Der Sommer steht nun auf der Höhe und beginnt langsam seinen Segen auszustreuen.

**Die Versammlung der Bürgerschaft** am Montag, dem 30. Juni, wird sich mit folgender Tagesordnung beschäftigen: I. Wahl der Kommission zur Prüfung des Antrags Planthafer, betreffend die Verausgabung schlechten Pferdefleisches. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Bildung einer Einwohnerwehr. (Zweite Lesung.) 2. Inkrafttreten der Bauordnung und des Straßenbaugesetzes für die innere Stadt und die Vorstädte. 3. Bereitstellung von Mitteln für Wohnungsbauten. 4. Bereitstellung von Geldmitteln für die Einrichtung des Motorbetriebes der Struckfähre. 5. Bewilligung von Geldmitteln an den Arbeiterrat. 6. Gewährung von Beihilfen aus öffentlichen Mitteln an Einrichtungen der privaten Wohlfahrtspflege und Wohltätigkeit durch das Wohlfahrtsamt. 7. Nachtrag zum Wertzuwachssteuergesetz vom 21. Februar 1909.

**Der Vortrag über „die Angestellten im neuen Staatsleben"** findet heute abend 6½ Uhr im Marmorsaale statt.

**Einwohnerwehr.** Uns wird geschrieben: In der Aula des Johanneums fand am gestrigen Donnerstag abend auf Einladung des Polizeiamtes die Versammlung einer größeren Anzahl von Herren statt, welche sich zur Einwohnerwehr gemeldet haben. Anwesend waren etwa 250 bis 300 Herren. Herr Senator Dr. Lienau teilte mit, daß er noch vor endgültiger Annahme des Gesetzes über die Einwohnerwehr durch die Bürgerschaft, es angesichts der Vorgänge in Hamburg für notwendig erachtet habe, die vorgemerkten Mitglieder, soweit dies bei der Kürze der Zeit möglich war, zusammenzurufen, um wenigstens einen Teil der Wehr bei etwaigen Unruhen sofort zur Stelle zu haben. Ein Alarmplatz wurde vereinbart und vorläufig drei Führer bestimmt. Die Ausführungen fanden den Beifall der Erschienenen, nur wurde aus der Mitte der Versammlung darauf hingewiesen, daß die Einladung zu der Versammlung zu plötzlich erfolgt sei. Die Zahl der Erschienenen wäre bei rechtzeitiger Benachrichtigung erheblich größer geworden. Ferner wurde aus der Mitte der Versammlung wiederholt auf die Hamburger Zustände hingewiesen und die Hoffnung ausgesprochen, daß Lübeck von solchen Vorgängen verschont bleiben möge. Nach dreiviertelstündiger Aussprache trennte sich die Versammlung.

Wir können es verstehen, wenn Herr Senator Dr. Lienau als Polizeiherr mit Rücksicht auf die Vorgänge in Hamburg schleunigst handelte. Trotzdem halten wir sein Vorgehen gerade in der gegenwärtigen Zeit für falsch. Die Einwohnerwehr kann nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie getragen wird vom Vertrauen der gesamten Bevölkerung und wenn sich alle daran beteiligen. Kaum aber ist der Aufruf zur Meldung ergangen, da beruft man Hals über Kopf diejenigen ein, die sich bisher gemeldet haben, bestimmt Führer und Unterführer, verteilt an sie Armbinden und gibt ihnen Instruktionen. Das hat in den Kreisen der Arbeiterschaft lebhaften Unwillen ausgelöst, da ja der Beschluß der Bürgerschaft noch nicht einmal definitive Gesetzeskraft erlangt hat. **Wir halten es für selbstverständlich, daß die gestern getroffenen Maßnahmen nur als provisorisch gelten und daß eine diesbezügliche Erklärung am Montag in der Bürgerschaft abgegeben wird.** Unsere Parteigenossen und Gewerkschaftler aber ersuchen wir, sich baldigst und zahlreich zur Einwohnerwehr zu melden, um zu verhüten, daß der hier und dort bereits auftauchende Gedanke, es handle sich bei dieser Einwohnerwehr um eine reaktionäre Schutztruppe, durch die Tatsachen eine gewisse Berechtigung erhält.

**Ueber das Rätesystem** hielt gestern abend im Gewerkschaftshause Genosse Ehrecke-Berlin einen lehrreichen Vortrag. Der Redner wies zunächst darauf hin, daß über das Rätesystem noch viel Unklarheit herrsche. Wenn dem uns aufgezwungenen Frieden nicht das gleiche Schicksal des russischen Friedens von Brest-Litowsk ereile, dann müßten wir auf Jahre hinaus für das Ausland arbeiten. Ohne Rohstoffe vom Auslande hätten wir keine Arbeit und ohne Lebensmittel sei keine Arbeit zu leisten. Räte- und Sozialisierungsfragen seien eng mit einander verbunden, denn die Betriebsräte könnten die Sozialisierung vorbereiten. Die ihnen durch den Gesetzentwurf übertragene Verteilung der Arbeit sei eine Vorbedingung für die Sozialisierung. Sie hätten nicht nur die Aufgabe, die Einhaltung der Sozial- und Unfallgesetze wie auch der Lohntarife zu überwachen, sondern hätten auch bei Einstellungen und Entlassungen von Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht. Sie sollen auch ferner bei der Festsetzung von Lohnbedingungen und Einzellöhnen mitwirken. Um die vielen wichtigen und neuen Aufgaben lösen zu können, seien in Berlin Ausbildungskurse und in anderen Städten Volkshochschulen errichtet worden, wo über Betriebskunde, Kalkulation usw. unterrichtet würde. Nur die tüchtigsten Leute gehören in den Betriebsrat, der nicht im Bureau, sondern im Betriebe sein müsse. Mit der nötigen Vorbildung könne der Betriebsrat auch an leitender Stelle gestellt werden. Es wäre besser, wenn der Betriebsrat anstatt auf zwei Jahre auf drei Jahre gewählt würde und jedes Jahr ein Drittel ausscheide, weil doch erst eine Einarbeitung nötig sei. Vor allem aber müßten die Arbeiter das Abberufungsrecht haben. Die wirtschaftlichen und sozialen Fragen seien zu trennen. Anstatt der Bezirksräte wäre eine Gruppeneinteilung mit Fachgliederung besser, die Material zu Gesetzesvorschlägen an den Obersten Rat einzureichen hätten. Arbeitskammern seien nicht zu empfehlen, da es vorkommen kann, daß die Angestellten mit den Arbeitgebern ein Gesetz gegen die Arbeiter durchdrücken könnten. Sehr wichtig sei die Verwaltung der sozialisierten Betriebe, wobei die Arbeiter auch selbständig mit handeln müßten. Zur besseren Uebersicht über das ganze Wirtschaftsleben sei ein Reichswirtschaftsrat unbedingt nötig. Die Räte hätten nicht politische, sondern wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Sehr wichtig sei es, dafür zu sorgen, daß die Arbeitgeber nicht die tüchtigsten Mitglieder der Räte durch Anstellung im Betriebe wegangelten, um die erfolgreiche Arbeit der Räte zu unterbinden. — In der Diskussion sprach zunächst der Kommunist Kruse, nicht etwa über das Rätesystem, sondern er wiederholte die in allen Versammlungen gemachten kommunistischen Redensarten, Schlagworte und Schimpfereien. Sein Glaubensgenosse Haug sprach wenigstens noch über das Rätesystem im kommunistischen Sinne: Alle Macht den Räten. Gen. Stelling betonte unter lebhaftem Beifall, daß man es sich überlegen müsse, ob man zukünftig belehrende Vorträge überhaupt noch in öffentlichen Versammlungen halten lassen könne, wenn die Spartakisten immer wieder in ungehöriger Weise die Versammlungen für ihre politischen Zwecke mißbrauchten. Wer heute nur zerstören und nicht aufbauen wolle, sei ein Verräter am Volke. Roß von den Unabhängigen sprach scharf gegen die Kommunisten. Mit Recht betonte er, daß, wenn sie einmal zur Macht gelangen sollten, sie überhaupt keine fähigen Leute zur Uebernahme der Geschäfte und Regierung hätten. Kruse meinte allerdings hierauf, sie würden schon mit dem kleinen Finger das Rad drehen. An der Debatte beteiligten sich noch außerdem Gen. Puls und Gerbann, die im Sinne des Referenten sprachen. Nachdem Kruse wiederholt in unsachlicher und scharfer Weise gesprochen hatte und der Referent in seinem Schlußworte antworten wollte, verließen die Kommunisten unter Toben und Radau den Saal. Hier zeigte sich wieder, wie und in welchem Geiste sie arbeiten. Andersdenkende werden angepöbelt oder niedergeschrien, selbst aber wollen sie nicht einmal die Ansicht anderer mit anhören. Das ist kommunistische Kampfesweise!

**Zustellung von Militär-Versorgungsgebührnissen an Empfänger in den Ortsbestellbezirken.** Das Verfahren, betreffend die Zahlung von Militärversorgungsgebührnissen an kranke und gebrechliche Personen durch die Landbriefträger, wird — zunächst versuchsweise — auf diejenigen Empfänger von Militär-Versorgungsgebührnissen in den Ortsbestellbezirken ausgedehnt, welche der zuständigen Postanstalt durch eine Bescheinigung der Ortsbehörde, der amtlichen Fürsorgestelle oder der Polizeibehörde nachweisen, daß sie infolge schwerer Kriegsbeschädigung, insbesondere wegen Beinverletzung, oder aus sonstigen zwingenden Gründen ihre Versorgungsgebührnisse von der Postanstalt nicht selbst abholen und auch durch Familienangehörige nicht abholen lassen können.

**Kriegsbeschädigtenorganisation.** Die überaus rührige Ortsgruppe Lübeck des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Sitz Berlin, hatte zu Montag abend sämtliche Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen zu einer öffentlichen Versammlung nach den Zentralhallen eingeladen. In den überfüllten Sälen sprach Kamerad Ehring vom Bundeshauptvorstand Berlin über: „Der Reichsbund nach der Revolution". In ganz vorzüglichen Ausführungen bewies der Redner an Hand von Beweisen die großen bisher erreichten Errungenschaften des Reichsbundes, insbesondere Rentenerhöhung, Rechtsmittelverfahren usw. Er betonte das kameradschaftliche Pflichtgefühl, welches die Kameraden veranlaßte, für die Hinterbliebenen der gefallenen Kameraden einzutreten. Reicher Beifall, insbesondere von seiten der Hinterbliebenen, belohnte den Referenten für seinen Vortrag. In der Diskussion wurde von unverantwortlichen Kameraden, welche dem Bund der Kriegsbeschädigten (Sitz Hamburg) angehörten, mit unnötiger Schärfe vorgegangen. Man stellte die bisher errungenen Vorteile für die Kriegsbeschädigten als ein Nichts hin. Der Bund deutscher Kriegsbeschädigter, Sitz Hamburg, will von einer Unterstützung gesund gebliebener Kameraden nichts wissen. Seine Unabhängigkeit beweist er durch Aufnahme von unterstützenden Ehrenmitgliedern, während von einer Interessenvertretung der Kriegshinterbliebenen überhaupt nicht die Rede ist. Vom Ortsgruppenvorstand Lübeck traten den Hamburgern die Kameraden Kühlmann und Hierls entgegen, letzterer warnte vor allem die Lazarettklassen vor der Gegnerschaft mit den gesund gebliebenen Kameraden, weil gerade die Beschädigten auf ihren späteren Arbeitsstellen auf die Kameradschaftlichkeit ihrer Kollegen mit angewiesen seien. Weiter trat Kamerad Hierls den unsinnigen Forderungen des B. d. K. entgegen und betonte, doch nur solche Forderungen aufzustellen, die auch verwirklicht werden können. Mit Versprechungen und Hetzreden sei den Kriegsbeschädigten nicht geholfen. Die Kameraden vom Reichsbund lassen sich nicht als Vorspann für politische Ziele benutzen, sondern halten an ihrer parteipolitischen Neutralität fest. In seinem Schlußwort wies der Referent alle Anfälle des B. d. K. zurück und empfahl allen Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmern und Kriegshinterbliebenen den Zusammenschluß in einer Organisation.

**Gegen den Darlehnsschwindel** hat in jüngster Zeit ein scharfer Kampf eingesetzt. Er wird besonders von der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck, Parade 1, geführt und verfolgt in erster Linie das Ziel, unsere kreditbedürftigen Mitbürger, vor allem unsere zurückgekehrten Krieger, die auf geldliche Unterstützungen angewiesen sind, vor der schamlosen Ausbeutung durch die Schwindler zu schützen, des weiteren aber auch den Zweck, die Schwindler selbst, die zum Teil schon jahrelang das Volk in der unverantwortlichsten Weise ausbeuten, der wohlverdienten Strafe zuzuführen. Es ergeht hiermit die Warnung an alle Kreditbedürftigen, sich auf die vielversprechenden Angebote unbekannter Geldfirmen einzulassen. Zuerst soll man sich über den Ruf der Firma erkundigen. Die oben genannte Zentralstelle verfügt über ein reichhaltiges Archiv und ist gern bereit, jedermann gebührenfrei Auskunft zu erteilen. Des ferneren ergeht aber auch der Ruf an alle, die Wahrnehmungen über das Auftreten der Darlehnsschwindler machen, ihre Erfahrungen unter Beifügung der etwa vorhandenen Beweisstücke schleunigst der Zentralstelle mitzuteilen, damit auch dieses Material noch in dem Kampfe gegen diesen gemeingefährlichen Schwindel, der sich geradezu wie eine Seuche über alle Teile des Reiches ausgebreitet hat, Verwertung findet.

* **Diebstahl.** Am 26. ds. Mts., gegen 6 Uhr, ist einem von Krämpfen befallenen Mädchen in der Nähe der Hansa-Halle die Handtasche mit 425 Mark und Rentenschein gestohlen worden. Der Betrag war dem Mädchen erst am selben Tage ausgezahlt und sollte für 2 Monate ausreichen. Infolge einer Säurevergiftung, die sich das Mädchen in einer Pulverfabrik zugezogen hat, ist die Bedauernswerte erwerbsunfähig und jetzt durch die gemeine Handlungsweise des Spitzbuben völlig mittellos geworden. Personen, die sachdienliche Angaben machen können, werden ersucht, diese der Kriminalpolizei mitzuteilen.

* **Pferd gestohlen.** In der Nacht vom 26. zum 27. ds. Mts. ist einem Hufner in Schorster Heckkaten eine gutgenährte Blauschimmelstute mit weißen Hinterfüßen von der Weide gestohlen. Der Eigentümer setzt für die Herbeischaffung des Pferdes eine Belohnung von 500 Mark aus.

* **Tisch- und Handtücher gestohlen?** Angehalten wurde hier ein zugereister Arbeiter, der sich im Besitze von Tisch- und Handtüchern, gez. „E. J.", befand. Da die Wäsche anscheinend gestohlen ist, wird der rechtmäßige Eigentümer ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

---

**An die Delegierten zum Bezirksparteitag!**

Die Anmeldungen der Delegierten zum Bezirksparteitag sowohl beim Bezirksvorstand wie beim Lokalkomitee, sind bisher nur recht spärlich eingegangen. Es wird deshalb noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß nur diejenigen Delegierten Anspruch auf Logis haben, welche sich beim Lokalkomitee angemeldet haben. Bei der Anmeldung muß auch angegeben werden, ob Logis für ein oder zwei Nächte gewünscht wird. Die Adresse des Lokalkomitees ist: Karl Ratz, Kiel, Fährstraße 24.

Die Frist für Einreichung der Anträge zum Bezirksparteitag läuft nur noch bis zum 30. Juni. Später einlaufende Anträge können in die gedruckte Vorlage nicht mehr aufgenommen werden.

**Der Bezirksvorstand.** J. A.: Karl F. Alps.

**Eutin.** Landarbeiterstreik. Die Verhandlungen, die am 24. Juni in Eutin über die Beilegung des Streiks stattfanden, sind gescheitert. Die Arbeitnehmer hielten das Angebot der Arbeitgeber für ungenügend. Der Streik geht also weiter.

**Ratzeburg.** Tarifvertrag für die Landarbeiter im Landgebiet Ratzeburg. Nunmehr ist auch für die Landarbeiter im Lande Ratzeburg von der Gauleitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Gau Rostock, mit dem Verband der Land- und Forstwirte des Landes Ratzeburg ein Tarifvertrag abgeschlossen, der ab Ostern 1919 gelten soll und nachbezahlt wird. Die zehnstündige Arbeitszeit soll unter denselben Bedingungen gelten, wie in Mecklenburg. — 2350 Mk. ist als Jahreseinkommen für Tagelöhner und Freiarbeiter angesetzt. — Knechte im Alter von 14—18 Jahren erhalten 600 Mk., über 18—24 Jahren bis zu 1000 Mk. — Mädchen über 14 Jahre bekommen 200—450 Mk. — Sobald der Tarifvertrag gedruckt vorliegt, kann er in beschränkter Anzahl von der Gauleitung an die Kollegen verabfolgt werden.

**Schönberg.** Auf dem Lüdersdorfer Bahnhof wurden am Dienstag morgen von Herrnburger Gendarmen zwei Männer aus Lübeck verhaftet, die größere Stücke Fleisch von einer Starke nach Lübeck ausführen wollten. Bei ihrer Vernehmung gaben sie an, daß sie das Fleisch einem Gastwirt in Lübeck überbringen wollten. Ein Teil des Fleisches sei noch auf einer Holzkoppel bei Rabensdorf versteckt. An der bezeichneten Stelle fand die Polizei aber nur noch Kopf, Fell und Knochen. Als Eigentümer der gestohlenen Starke hatte sich schon bei der Schönberger Polizei der Schulze Püstow in Rabensdorf gemeldet.

**Hamburg.** Beide Beine abgequetscht. Ein schwerer Unfall ereignete sich in der Billhorner Brückenstraße, wo ein Radfahrer mit seinem Rade unter ein Lastauto geriet, wodurch ihm beide Beine abgequetscht wurden. Der Schwerverletzte wurde dem Krankenhaus St. Georg zugeführt.

**Neumünster.** Demonstriert wurde am Mittwoch nachmittag vor dem Rathause von der angesammelten Menge (die Eisenbahnwerkstättler rückten abends um 6 Uhr von der Arbeit geschlossen an) wegen der Vorkommnisse in der Hamburger Sülzefabrik von Heil. Die Versammelten verlangten Zurückberufung des von hier zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nach Hamburg gesandten Militärs und Feststellung des Tatbestandes, daß sich in Neumünster keine Heilsche Sülze im Handel befindet.

**Kiel.** Die Verhandlungen zwischen den Werftbesitzern und der Arbeiterschaft haben unter Ablehnung der übrigen Forderungen der letzteren zu einer Regelung der Urlaubsfrage in der Weise geführt, daß jedem Arbeiter ein Urlaub von 6 Tagen bewilligt wird unter der Bedingung, daß während der Urlaubszeit die Werften geschlossen werden. Gleichzeitig verlangen die Werftbesitzer die Einsetzung einer Kommission, welche über die Wiedereinführung des Stücklohnes beraten soll, da eine weitere Belastung der Produktion unmöglich und die Wiedereinführung der Akkordarbeit notwendig sei. Die Vertreter der Werftarbeiter stimmen der Bildung einer solchen Kommission unter der Bedingung zu, daß das Ergebnis ihrer Arbeit einer allgemeinen Werftarbeiter-Konferenz vorgelegt werde und die Zeit des Urlaubs von den Arbeitern bestimmt werden solle.

**Bützow.** Ein plötzliches tragisches Ende fand gestern abend der Schneidermeister Knuth. Er wurde in rohester Weise von dem Hausbesitzer im Jähzorn mit einem dicken Knüppel erschlagen. Knuth hatte von seinem Vermieter einen eingeschriebenen Brief erhalten, in dem eine Erhöhung des Mietpreises gefordert wurde. Als er ihm nachmittags daraufhin erklärte, er erkenne die Erhöhung nicht an, das Mietseinigungsamt müsse vielmehr erst hierzu Stellung nehmen, geriet der Hauswirt derart in Wut, daß er einen starken Knüppel nahm und dem K. einen Schlag auf den Kopf versetzte, durch den dieser gleich besinnungslos zu Boden stürzte. Er holte alsdann nochmals zum Schlage aus, wurde aber hieran durch das Hinzuspringen dritter gehindert, die in begreiflicher Erregung über das Vorgehen des Rohlings ihm eine Tracht Prügel verabreichten. Die Verletzung, die K. erlitten hatte, war aber derart schwer, daß er nach wenigen Stunden an derselben gestorben ist. Der Täter wurde verhaftet.

**Strelitz.** Wahrscheinlich beim Wäschespülen verunglückt ist im Fürstenseer See ein Dienstmädchen, das als Leiche aufgefunden wurde.

---

# Neueste Nachrichten.

**Die Regierungstruppen in Hamburg?**

Hamburg, 27. Juni. Die Redaktion übermittelt uns heute mittag 1 Uhr folgende Nachricht, die wir unter allem Vorbehalt wiedergeben. Gegen 3 Uhr morgens setzten sich die in Wandsbek liegenden Regierungstruppen in Bewegung. Es wurden Posten vorgeschoben auf der Straße zwischen Wandsbeker Chaussee, Hamburger Straße und Wurfstraße. Um 5 Uhr war das Lübecker Tor erreicht und dort mit dem Anlegen von Drahtverhau begonnen. Die Absperrung wurde dann bis zur Alster, zum Lübecker Tor und Rotenburgsort durchgeführt. Um 11 Uhr war die innere Stadt noch frei von Regierungstruppen. Die bewaffneten Trupps von gestern fehlten gänzlich, nur vereinzelte Volkswehrleute mit roten Armbinden, aber ohne Waffen, waren zu sehen. Das Rathaus ist nicht besetzt. Um 9 Uhr waren die Truppen, die bedeutende Verstärkungen erhalten hatten, jeder Eventualität gewachsen. Sie sind auf dem Anmarsch zum Hauptbahnhof.

Aus Berlin wird dazu berichtet, daß im Verlauf der letzten Nacht festgestellt wurde, daß zwischen den bewaffneten Aufrührern und Mitgliedern des Berliner Vollzugsrats eine Verbindung hergestellt war. Von Hamburg nach Berlin ging die Mitteilung, von den Hafenwerken aus werde eine zweite Revolution über das Reich eingeleitet. Darauf sei von Berlin im Hause des Vollzugsrats die Antwort eingetroffen: Bravo! und angekündigt worden: Wir werden sehen, daß wir noch heute abend Vertreter absenden. Weiter steht fest, daß von Hamburg nach Berlin in das Lokal des Vollzugsrats die Mitteilung ging, in Hamburg werde eine großzügige Bewaffnung des Proletariats durchgeführt. Hamburg werde in den Verteidigungszustand gesetzt, um den Kampf gegen die Regierungs-Truppen aufzunehmen. Um das unverantwortliche Treiben im Keime zu ersticken, wurde befohlen, die kommunistischen und unabhängigen Führer des Vollzugsrates zu sistieren. Da festgestellt wurde, daß keiner der Sistierten beschuldigt werden konnte, wurden sie auf freien Fuß gesetzt. Da Hamburg wegen der Lebensmittelversorgung für Deutschland hauptsächlich in Frage kommt, wurde der Vormarsch der Reichswehr unter dem Befehl des Generalmajors Matthias aus Lübeck angeordnet. Die gestern getroffenen Verabredungen sollen nicht voll eingehalten worden sein.

Die Eiserne Division ist in Hamburg angekommen, ebenso 8 deutsche Torpedoboote.

**Ausdehnung des Eisenbahner-Streiks.**

Berlin, 27. Juni. In Berlin hat der Streik bei den Eisenbahnarbeitern weiter um sich gegriffen. Die Arbeiter des Görlitzer Bahnhofes verhandeln zurzeit mit dem Eisenbahnpräsidenten. Im übrigen streiken die Werkstätten Tempelhof und I und II Grunewald. Auch die Arbeiter des Lehrter Bahnhofs und des Rangierbahnhofs Pankow haben sich dem Ausstand angeschlossen. Sollte die Stillegung der großen Werkstätten noch länger andauern, so wäre ein Einstellen des Fernverkehrs unvermeidlich.

**Aufhebung der Blockade am 20. Juli?**

Basel, 27. Juni. Wie der „Manchester Guardian" meldet, wurde dem Liverpooler Reedereiverbande von Regierungsseite als voraussichtlicher Termin für die Aufhebung der Blockade gegen Deutschland der 20. Juli bekanntgegeben.

---

# Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

**Neue Kartoffeln.**

Weshalb wird der Verkauf hiesiger neuer Kartoffeln gestattet? Eine Ware, die zum größten Teil nicht über Haselnußgröße hinauskommt? Alte Kartoffeln sind doch noch vorhanden und damit das frühzeitige Aufnehmen der unausgewachsenen neuen Kartoffeln durch garnichts bedingt. Durch diese unwirtschaftliche Handlungsweise einer kleinen Gruppe von geldgierigen Produzenten wird die schwierige Lage geschaffen, wenn die alten Kartoffeln aufgezehrt bezw. verdorben sind und neue Kartoffeln, sogenannte Frühkartoffeln, dann durch den frühzeitigen Verkauf nicht mehr zu ernten sind. Diese Kalamität haben wir während des Krieges wiederholt zu fühlen gehabt. Abhilfe tut dringend not. J.

---

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

# Aus verschiedenen Abteilungen

meines Hauses gelangt eine große Auswahl preiswerter und nützlicher Bedarfsartikel, welche der heutigen Zeit entsprechend mit außerordentlich niedrigen, zum Teil weit herabgesetzten Preisen versehen sind, in den Verkauf.

4108

## Damen- u. Kinder-Hüte.

| 4 Serien | Serie I | II | III | IV |
|---|---|---|---|---|
| Sporthüte | 1.28 | 2.95 | 7.95 | 12.75 |
| 4 Serien garnierte u. ungarnierte | Serie I | II | III | IV |
| Damenhüte | 4.95 | 5.85 | 9.75 | 18.75 |
| 4 Serien | Serie I | II | III | IV |
| Kinderhüte | 98 ₰ | 1.95 | 2.95 | 9.75 |

## Schürzen.

Ein Posten Küchen- u. Hausstandsschürzen aus waschbarem Zellstoff . . . . 3.50 2.95 — 2.45

2 Serien Blusenschürzen hübsche Machart . . . . Serie I 7.85 Serie II — 6.85

Extra weite Küchen-, Blusen- u. Kleider-Schürzen prima Friedensware 29.55 17.05 (Reichsware). — 13.15

## Damen-Konfektion.

Kostümröcke dunkelblau u. farbig, aus soliden Stoffen . 39.50

Mod. Schoßblusen in Kunstseide u. Voile . . 68.00

Sommermäntel in modernen hellen Farben . 128.00 78.50

## Knaben-Anzüge

in prima Qualitäten (Reichsware).

| Größe | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 21.00 | 23.65 | 26.25 | 28.90 | 31.50 | 34.15 |

Größerer Posten **Kinder-Hemden und Baby-Artikel** (Reichsware) neu eingetroffen.

## 3 Serien Korsetts.

Serie I aus gutem Zellstoff . . . . . 2.95

Serie II mit eleganter Spitzengarnierung . . . . . 9.60

Serie III aus prima Friedensstoffen . . . . . 24.25

## 4 Serien Kinder-Socken.

Größe 1—3 in schwarz und farbig.

| Serie I | II | III | IV |
|---|---|---|---|
| 98 ₰ | 1.58 | 1.95 | 2.95 |

## 3 Serien Russenkittel in Zellstoff, hübsche Machart

| Serie I | II | III |
|---|---|---|
| 2.95 | 3.95 | 4.95 |

## 4 Serien Damen-Handschuhe

| Serie I | II | III | IV |
|---|---|---|---|
| 38 ₰ | 68 ₰ | 95 ₰ | 1.65 |

# Kaufhaus Hans Struve, Königstraße 87—89, (Ecke Wahmstrasse).

---

## Werbe-Zentrale Lübeck

Marli-Kaserne, Stabsgebäude

wirbt für die

# Reichswehr.

Wünsche um Zuweisung zu bestimmten Truppenteilen werden berücksichtigt.

**Reichswehrbrigade IX. Armeekorps.**

| | | Voraussichtl. Garnisonen |
|---|---|---|
| Mecklenburgisches Reichswehr-Inf.-Regt. 17 mit Inf.-Begleitbatr. | (Grenadier-Regt. 89) (Füsilier-Regt. 90) (Feldartl.-Regt. 24) | Schwerin |
| Schleswig-Holsteinisches Reichswehr-Inf.-Regt. 18 mit Inf.-Begleitbatr. | (Inf.-Regt. 84, 162 u. 163) (Feldartl.-Regt. 15) | Schleswig, Neumünster, Lübeck, Schleswig |
| Mecklenburgisches Reichswehr-Jäger-Batl. 9 | (Jäger-Batl. 9 u. 14) | Ratzeburg, Wismar |
| Leichtes Reichswehr-Art.-Regt. 20 | (Feldartl.-Regt. 9, 24, 45 u. 60) | Schwerin, Güstrow, Itzehoe |
| Reichswehr-Flak-Abt. 9 | (Fl.-Abt. 12 u. 13) | Ratzeburg, Itzehoe |
| Schweres Reichswehr-Art.-Regt. 9 | (Fußartl.-Regt. 20) | Rendsburg |
| Schlesw.-Holst. Reichswehr-Pionier-Batl. 9 | (Pionier-Batl. 9) | Harburg |
| Brigade-Nachr.-Abt. 109 | (Nachr.-Abt. 3) | Itzehoe |
| Feldersatzungskomp. 9 | | Güstrow |
| Reichswehr-Kav.-Regt. 9 *) | (Drag.-Regt. 17 u. 18) | Schleswig, Parchim, Ludwigslust, Rendsburg, Schwerin, Güstrow, Parchim, Ludwigslust. |
| Brigade-Stabs-Stab 9 *) | (L. Hus.-Regt. 16) (Staffa-Batl. 9) | |

*) Für diese zwei Truppenteile finden Anwerbungen, da hierfür, einstweilen nicht statt. (4090

Weitere Werbestellen für die Reichswehr im Bezirk der Werbezentrale Lübeck:

**Eutin:** Rathern **Spethmann,** Kielerstraße.
**Neustadt i. H.:** Gerichtsvollzieher **Howe,** Am Heilerbusch.
**Oldenburg i. H.:** Amtsgerichtssekretär **Grade,** Hohelufthkroge.
**Burg a. Fehmarn:** Leutnant d. Res. **Martens.**

Militärpapiere und polizeiliche Führungszeugnisse mitbringen.

---

# F. Fränkel

Spezial-Geschäft und Fabrik in feinen

## Lederwaren, Koffern und Reise-Artikeln

En gros **Lübeck** En detail

**Breite Str. 54** **Fernruf 1207**

**ab 1. Juli: Breite Str. 28.** 4068

---

## St.-Gertrud-Liedertafel.

# Gesellschaftsabend

**am Sonnabend, dem 28. Juni 1919** (4063

**Gesellschaftshaus Marli.**

Lokalöffnung 5½ Uhr. — Anfang 7 Uhr.

Vorverkauf 200 Mk., Tageskarte 1.00 Mk. **Der Vorstand**

---

**Beste Bezugsquelle!**

**Wieder eingetroffen**

## 1 Waggon Hand-Kastenwagen

mit extra starken Rädern, Tragkraft 1—8 Zentner. Bevor Sie kaufen, besichtigen Sie ohne Kaufzwang meine anerkannt hervorragenden Wagen. (4108

**C. Bliesath Wwe.,** Inhaber: **Carl Landwehr**

**Sandstr. 9. Fernruf 2169.**

---

# Dr. Leonhardt

**zurückgekehrt.** (4084

---

Frischer dänischer

# Kautabak

wieder vorrätig. (4070

Schlumacherstr. 14 (Restaur.)

---

Extra starke Hand-

# Blockwagen

3—8 Zentner Tragkraft.

**Karl Schulmerich**

4088) **Mühlenstr. 28.**

---

Durch die allgemeinen Verhältnisse sind wir genötigt, unter Abänderung bestehender Bestimmungen

**vom 1. Juli ds. Js. ab**

die Zinsvergütung für die auf

**Giro- und Scheckkonto**

täglich verfügbaren Gelder auf

# 1 Proz. p. a.

zu ermässigen.

**Bank für Handel und Gewerbe e. G. m. b. H.,**
**Commerz-Bank in Lübeck,**
**Commerz- und Diskonto-Bank, Filiale Lübeck,**
**Direktion der Disconto-Gesellschaft, Filiale Lübeck,**
**Dresdner Bank, Filiale Lübeck,**
**Holsten-Bank, Abteilung Lübeck,**
**Kreditbank Lübeck, e. G. m. b. H.,**
**Landbank Lübeck, e. G. m. b. H.,**
**Lübecker Privatbank,**
**Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck,**
**Spar- und Vorschuß-Verein Schwartau,** 4091
**Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck.**

---

**Versammlung der technisch. Angestellten am Sonnabend, dem 28. Juni, abends 8 Uhr im Restaurant Hohenzollern.**

Tagesordnung: Bericht der Verhandlungskommission. Tarifverlängerung.

Mitgliedsbücher sind am Eingang vorzuzeigen.

**Werkmeister-Verband. Verband techn. Angestellten und Beamten (Gruppe B). Verzeichner-Verband.** (4098

---

# Lederschäfte

**aller Art** (4073

in großer Auswahl bei

**C. Grimm Nachflg.**

---

Neu eingetroffen sind:

**Reuters Werke** mit viel. Illustration. 11 Mk

**Hauffs Werke** mit viel. Illustration. 11 Mk.

**Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.**

Johannisstraße 46.

---

**Heute Freitag, den 27. Juni abends 7½ Uhr: Oeffentliche**

# Versammlung

**in Krügers Gasthof**

**Fackenburg.**

Tagesordnung:

Wahl von 2 Personen aus der Arbeiterschaft zur Bekämpfung des Schleichhandels und Erfassung der Lebensmittel.

4109) **Der Einberufer.**

---

# Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

**Zahlstelle Lübeck.**

# Versammlung

**sämtlicher in der Konservenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Sonnabend, dem 28. Juni abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus" Johannisstr. 50—52.**

Tages-Ordnung:

Unsere Eingabe an die Fabrikanten.

4104) **Die Ortsverwaltung.**

---

**Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen.**

Bezirk **Schlutup.**

**Theater-Abend am Sonnabend, d. 28. Juni im Gasthof zur Post.**

Ausgeführt von der Theatergesellschaft „Edelweiß".

Anf. 7½ Uhr. Kassenöffn. 6½ Uhr.

Bezirk **Moisling.**

**Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, d. 28. Juni im Kaffehaus Moisling.**

Anfang 8 Uhr. (4093

---

**Sozialdemokratischer Verein Lübeck.**

**Ortsgruppe Schlutup.**

# Mitglieder-Versammlg.

**am Sonnabend, dem 28. Juni abends 7½ Uhr im Lokale von A. Saborowski** (Gasthof zur Linde) in Schlutup.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Die Einwohnerwehr.
3. Verschiedenes. (4074
4. Wahl eines Vorsitzenden.

Erscheinen unbedingt notwendig.

---

# HANSA THEATER

Freitag: Prinz u. Bettlerin.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum ersten Male!

# Ein seltsamer Fall!

Phantastisches Sensationsschauspiel von J. Gumiver und E. Morton. (4072

— Vorzugskarten gültig. —

Sonntag Montag **Ein seltsamer Fall**

---

# Stadthallen-Theater

Lübeck. 4094

Freitag, den 27. Juni, Abends 7½ Uhr:

## Die Heirat.

Eine ganz unglaubliche Begebenheit in 3 Bildern von Nikolay Gogol. Deutsch von Scholz.

Sonnabend, den 28. Juni:

## Die Rose von Stambul.

Sonntag, den 29. Juni: nachmittags 4 Uhr, im Stadthallengarten:

## Großes Konzert

Abends 8 Uhr:

## Die Rose von Stambul.

Montag, den 30. Juni, im Stadthallengarten: Anfang 8 Uhr.

## Volkstümliches Konzert.

Beilage zu Nr. 147.
26. Jahrgang.

# Lübecker Volksbote

Freitag, den 27. Juni 1919

## Kritisches zum Sozialistentag.

Der Sozialistentag in Berlin sollte die Einigung noch nicht bringen, aber ihr doch wenigstens die Wege bereiten. Viele gute Sozialisten sind mit hochfliegenden Plänen zu ihnen gereist und haben geglaubt, es bedürfe nur des Rufes achtbarer und wohlmeinender Männer, um das größte Uebel des Proletariats, die Zerrissenheit, zu beheben. Auch sie werden jetzt erkannt haben, daß die Einigung auf diesem Wege nicht gemacht werden kann, daß sie anderer Voraussetzungen bedarf. Der Berliner Sozialistentag hat den Einigungsgedanken nicht einmal gestärkt, sondern eher geschadet.

Die Einigung läßt sich nicht in der Weise herbeiführen, daß beide Parteien ein wenig von ihrem Standpunkt ablassen. Ströbel nannte ein solches Verfahren nicht ganz mit Unrecht ein geistiges Kompromiß. Aber so wünschenswert es wäre, so unmöglich ist es. Die Unabhängigen heischen genau so wie die Entente von Deutschland, von den Mehrheitssozialisten ein Schuldbekenntnis, und haben dabei den Boden des Erfurter Programms längst verlassen, auf den sie zu stehen vorgeben.

Die besondere Schwäche des Sozialistentages bestand darin, daß man Max Cohen das erste Hauptreferat überließ. Er benutzte es, um seinen Aerger über die schwere Niederlage auf dem Weimarer Parteitag Luft zu machen und gab dadurch der Tagung den Anstrich eines Kongresses zur Rechtfertigung der Unterlegenen, der noch dadurch verstärkt wurde, daß Eduard Bernstein, auch ein Unterlegener von Weimar, über Auslandspolitik referierte. Cohen mußte übrigens die Erfahrung machen, daß es nicht genügt, mit anderthalb Beinen im unabhängigen Lager zu stehen, um Beifall zu ernten. Als er von der „geradezu straßenräuberischen Weise" sprach, in der Scheidemann gegen ihn vorgegangen sei, belehrte ihn der Widerspruch einer großen Mehrheit, daß man so nicht Einigung macht.

Im übrigen lief der größte Teil der Referate der Mehrheitssozialisten auf die Mahnung hinaus, der „offiziellen" Politik nicht länger nachzulaufen. Eine scharfe Note nach links hin fanden sie nicht, ihre Reden erinnerten stark an das alte Lockwort: Einigung der Massen über die Köpfe der Führer hinweg. Auch Kaliski, der über das Rätesystem sprechen sollte, variierte nur immer die eine Klage, daß man seinen Ratschlägen nicht gefolgt sei. Nun braucht man gewiß auf die Politik des Parteivorstandes und der Regierung nicht eingeschworen zu sein, aber die demagogische Art der Opposition ist unter allen Umständen streng zu verurteilen, denn sie werden mindestens gründlich lernen müssen, ihre Person hinter die Sache zurückzustellen, wenn sie auf Sympathie rechnen wollen. Erst ein unabhängiger Korreferent mußte ihnen sagen, daß die „Einigung über die Köpfe der Führer hinweg" eine demagogische Phrase sei. Ströbel und andere unabhängige Redner wirkten ehrlicher und sympathischer als diese sogenannten Mehrheitssozialisten.

Im übrigen litt der Einigungskongreß an einem unheilbaren Spaltpilz. Man bildete Fraktionen innerhlab des Kongresses, und die Redner der U. S. P. stritten sich gegenseitig das Recht ab, im Namen ihrer Partei zu sprechen. Dabei hatte die ganze Partei vor der Teilnahme an der Einigungstagung gewarnt und erklärt, daß ihre Mitglieder dort nichts zu suchen hätten. Man hätte es begrüßen können, daß trotzdem eine Anzahl Unabhängiger das Drahtverhau durchbrochen haben, aber es kam zu keiner grundsätzlichen Klärung, welche die Einigung fördern könnte. So bleibt der Einigungskongreß eine zwecklose Veranstaltung guter Leute, aber schlechter Musikanten.

## 16. Deutscher Genossenschaftstag.

Dieser Tage wurde in Hamburg der 16. deutsche Genossenschaftstag eröffnet.

Von den Vertretern der Behörden begrüßte Senator Garrels den Verbandstag im Namen des Hamburger Senates. Das Reichswirtschaftsministerium ließ durch einen Vertreter erklären, daß bei dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft die Konsumgenossenschaften in starkem Maße herangezogen werden würden. Dr. Staudinger als Vertreter des Reichsernährungsministeriums sprach den Konsumvereinen seine Anerkennung aus über ihr verdienstliches Wirken während der Kriegszeit. Für die Generalkommission der Gewerkschaften sprach Wilhelm Jansson, der das enge Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften hervorhob. Mit lebhaftem Beifall wurde die Versicherung des Sekretärs Wilhelm vom Zentralverband der österreichischen Genossenschaften angehört, daß die gemeinsame Not die österreichischen und die deutschen Genossenschafter noch enger zusammenführen werde.

In einem großangelegten Referat über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine betonte Heinrich Kaufmann die Notwendigkeit der weiteren Ausdehnung der genossenschaftlichen Eigenproduktion und der Stärkung des Eigenkapitals. Diese müsse erreicht werden durch Erhöhung der Geschäftsanteile und Ausgabe von Obligationen. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine muß mehr als bisher in den Dienst der Volksernährung gestellt werden. Die Konsumgenossenschaften sind demokratische, gemeinwirtschaftliche Organisationen. Sie sind die wichtigsten Träger der Gemeinwirtschaft neben Reich, Staat und Gemeinde. Sie müssen daher überall Anerkennung finden. Aller Sozialismus der Welt läßt sich zusammenfassen in die Worte Robert Poels, die in der Geschichte der Redlichen Pioniere von Rochdale zitiert sind: „Sie wollten ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen und sie darin behalten." Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine war während des Krieges fast völlig ausgeschaltet. Aber vielleicht wird es in Zukunft heißen: „Der Stein, der von den Baumeistern verworfen ist, ist zum Eckstein geworden." (Lebhafter Beifall.)

Bästlein (Hamburg), der über die Maßnahmen des Vorstandes berichtete, sagte, daß das Jahr 1918 ein Leidensjahr für die Konsumgenossenschaften gewesen sei. Wohl fanden die Behörden schöne Worte, aber die berechtigten Ansprüche der Konsumvereine wurden vielfach nicht erfüllt. Gegen die Kommunalverbände, die sich so sehr gegen die Einschaltung der Konsumvereine wenden, muß gesagt werden, daß sie namentlich bei der Zuckerwirtschaft vielfach Wucher treiben. Der deutsche Städtetag ist gegen die Gewährung von Rabatt bei den rationierten Waren durch die Konsumvereine. Warum hat er nicht dafür gesorgt, daß den Kriegsgesellschaften die Auszahlung von Dividenden verboten wurde? (Sehr gut!) Es ist bedauerlich, daß keine Genossenschafter in die Friedensdelegation nach Versailles entsandt wurden. Mit dem bisherigen System der Planwirtschaft muß gebrochen werden; selbstverständlich muß die Rationierung bei manchen Artikeln aufrechterhalten werden. Aber namentlich die Art der Erteilung der Einfuhrerlaubnis muß geändert werden. Nur so ist an einen Abbau der Preise zu denken. Wir fordern, daß von den Textilen 25 Prozent den Konsumvereinen, 25 Proz. den Handwerkern, 25 Proz. den landwirtschaftlichen Genossenschaften überlassen werden. Die Entwicklung einer vernünftigen Gemeinwirtschaft muß unser Bestreben sein.

Nachdem Banse (Köln) darauf hingewiesen hatte, daß im besetzten Gebiet der freie Handel ein Sinken der Preise bewirkt habe, wurde eine Entschließung im Sinne der Referate angenommen. Darin wird insbesondere eine stärkere Belieferung der Konsumvereine und die Einschaltung der Großeinkaufsgesellschaft verlangt.

Paul Hoffmann (Magdeburg) berichtete über die parlamentarische Vertretung der Konsumgenossenschaften. Der Einfluß der Genossenschaften ist größer als es in der Zahl der Genossenschafter, die Parlamentsmitglieder sind, zum Ausdruck kommt. Vom Standpunkt der politischen Neutralität werden wir nicht abgehen.

Eine Entschließung, in der gewünscht wird, daß auch in Zukunft bei der Aufstellung von Kandidaten für die Parlamente praktische Genossenschafter berücksichtigt werden, wird angenommen.

Senator Lorenz (Hamburg) spricht über Angelegenheiten des Internationalen Genossenschaftsbundes. Er erwähnt dabei, daß alle Großeinkaufsgesellschaften von Bedeutung während des Krieges ihre Umsätze hätten steigern können, nur die deutschen nicht. Ueberall machen sich Bestrebungen geltend, die internationalen Genossenschaften wieder zusammenzuführen. Die englischen Genossenschafter protestieren gegen die harten Friedensbedingungen. Die genossenschaftliche Arbeit ist es, die unserem Volke wieder bessere Verhältnisse schaffen wird. (Lebh. Beifall.)

Lange (Berlin): Ich habe einen Protest der deutschen Genossenschafter gegen den Frieden von Brest-Litowsk und Bukarest vermißt. Ich bedauere, daß die deutschen Genossenschafter damals nicht soviel internationale Solidarität aufgebracht haben. (Zustimmung und Lärm.) Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat die Kriegspolitik in Deutschland gestützt. (Erneuter Lärm.) Der Unverstand der Massen zeigt sich auch darin, daß sie die jetzigen Leute in der Leitung läßt. (Großer Lärm.)

Der Referent weist diese Vorwürfe unter stürmischer Zustimmung zurück. Die Genossenschaften haben stets im Sinne des Verständigungsfriedens gewirkt.

Eine Entschließung im Sinne des Referats wird angenommen.

Es folgt ein kurzer Bericht Heinrich Kaufmanns über die Unterstützungskasse, die der Aufsicht des Aufsichtsamts unterstellt wird. Er empfiehlt die Erhöhung der Beiträge auf 4 Proz. Es wird also beschlossen.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages behandelt Schriftleiter Aug. Kasch (Hamburg) in einem längeren Vortrage das Thema: „Die Konsumgenossenschaftsbewegung und die Neuordnung in Deutschland." Die deutschen Genossenschaften haben sich schon gleich nach Ausbruch der Revolution zur Demokratie und zum Sozialismus bekannt. Die Genossenschaften bieten Raum für alle, alle sollen gleiches Anrecht an ihrem Nutzen haben. Die Betriebsräte müssen ein Glied der Demokratie sein, sie müssen in der Genossenschaft dem Ganzen dienen. Die Genossenschaften bildeten bisher die einzige demokratische Oase in der autokratischen Wüste, die einzige sozialistische Oase in der kapitalistischen Wüste. Der Sozialismus kann nicht anbefohlen werden, er ist das Produkt einer mehr oder minder langsamen organischen Entwicklung. Für die Sozialisierung ist der Friedensvertrag das Haupthindernis. Sozialisierung einzelner Betriebe ist eine unsozialistische Torheit. Nur Industrien können sozialisiert werden und auch diese nur, wenn die Aktiengesellschaften vorherrschend sind. Gegen die Uebertragung der Lebensmittelherstellung direkt an die Gemeinden bestehen die schwersten Bedenken. Die Konsumgenossenschaften sind die gegebenen Organisationen für die Sozialisierung. Wir müssen den Genossenschaftsgedanken immer mehr hineintragen in die Massen. Er muß Gemeingut des Volkes werden. (Lebhafter Beifall.)

Breitmeyer (Bremen) wendet sich gegen den Referenten und tritt für die Diktatur des Proletariats ein.

Schmidt (Düsseldorf): Wir sind in Gefahr, in das alte reaktionäre Fahrwasser zurückzuverfallen. Man versucht in Deutschland die Demokratisierung nicht, man lehnt sie ab. (Zurufe.)

Dr. Staudinger (Darmstadt): Wir sollten uns hier nicht über Parteistreitfragen, sondern über Wirtschaftsfragen unterhalten. Der Kapitalismus hat bewirkt, daß er Produzenten und Konsumenten in der ganzen Welt verband. Wirken wir für den weiteren Ausbau der Genossenschaften, dann schaffen wir den Sozialismus. (Lebh. Beifall.)

Mirus (Berlin): Wir können keine einzelnen Betriebe sozialisieren, aber es muß der Anfang mit der Sozialisierung gemacht werden.

Drescher (Barmen) meint, im Referat von Kasch seien alle Gründe gegen die Sozialisierung zusammengetragen worden. — Lange (Berlin) verbreitet sich über die Rätefrage. — Grepner (Berlin) äußert sich in ähnlichem Sinne. — Scheetz (Gera): Wir müssen die Genossenschaften im revolutionären Sinne vorwärtsbringen.

Kasch sagt im Schlußwort, daß er mit den Betriebsräten sehr einverstanden sei. Die Sozialisierung kann nur langsam vor sich gehen.

Eine Entschließung im Sinne des Referates gelangt zur Annahme.

Heinrich Kaufmann berichtet über die Tätigkeit des Tarifamts und die Tarifverträge. Er betont dabei, daß die Genossenschaften die Tarife kaum aufrecht erhalten könnten, denn sie müßten doch auch leistungsfähig bleiben. — Jansson (Generalkommission der Gewerkschaften) bedauert, daß an einzelnen Orten die Tarife vorzeitig gelöst wurden. — Nach weiteren Ausführungen gelangt eine Entschließung zur Annahme, in der die bisherige Tarifpolitik gebilligt wird.

Nach weiteren kurzen Berichten schließt Paul Hoffmann, der Vorsitzende des Ausschusses, den Genossenschaftstag.

## 10. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes.

Stuttgart, 23. Juni.

kr. Im „Bürgermuseum" sind heute die deutschen Transportarbeiter zu ihrer 10. Tagung zusammengetreten. Erschienen sind 259 Delegierte, darunter 46 Verbandsangestellte sowie die 16 Gauleiter. Den Zentralverband der Handlungsgehilfen vertritt Fischer-Stuttgart. Neben dem Tätigkeitsbericht des Hauptvorstandes und einer Reihe wichtiger Statutenänderungen sind von der Tagesordnung u. a. erwähnenswert ein Referat über „die Aufgaben der Gewerkschaften nach der Revolution". In Verbindung damit wird auch die Frage des Rätesystems behandelt werden. Der Vorstand beantragt zu diesem Kapitel im Statut unter Titel „Aufgaben des Verbandes" zu sagen: „Einführung und Sicherung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben; Förderung aller auf Sozialisierung der gesamten Wirtschaft gerichteten Bestrebungen". Der Sozialisierung im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe ist daher auch ein besonderer Vortrag gewidmet. Ueber den Wiederaufbau der internationalen Berufsorganisation wird Döring-Berlin sprechen.

Verbandsvorsitzender Schumann gab in fast dreistündigem Referate den Geschäftsbericht für die letzten 5 Jahre. Die

## Ein Fehltritt.

**Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus**
von Fr. Ritzel-Mainz.

86. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Wie unter Tränen schluchzend, hatten die letzten Worte des alten Mannes geklungen — die Erinnerung an die geliebte Tote weckte aufs neue den Schmerz über ihren Verlust in seinem Innern und mit einem wehen Stöhnen ließ er sich wieder, die Augen mit der Hand bedeckend, auf der Bank nieder. Auf das tiefste erschüttert, hatte Paul der Beichte seines Vaters zugehört. Aus seiner Erinnerung tauchte das Bild der guten Mutter empor, der sanften Frau, die nur Worte der Liebe für die Ihrigen hatte, von deren Persönlichkeit aus es wie ein Glanz des Friedens über das ganze Haus und seine Bewohner strahlte. Er erinnerte sich des innigen Verhältnisses, in welchem sie zu ihren Lebenszeiten zu seinem Vater gestanden hatte, des ungetrübten Glückes, welches die Eltern in ihrem gegenseitigen Besitz und in dem Besitz von ihm, dem Sohn, genossen und klar wurde es ihm, daß alle die Zweifel, welche ihn in der letzten Zeit gemartert, weiter nichts wie leere Hirngespinste waren. Das Glück der Eltern, welches er bis in sein neunzehntes Jahr miterlebt hatte — die Mutter war erst vor sechs Jahren verstorben —, bewies ihm dies jetzt, und wie eine Offenbarung rief ihm eine innere Stimme zu: Nicht nach einer begangenen Handlung beurteile den Menschen, sondern nach der Summe seines Tuns und Lassens, nach seinem ganzen Wesen! Der Geliebten Wesen war rein und lauter, das konnte er beschwören, an ihrer Seite mußte ihm ein ungetrübtes Glück erblühen! Von dieser Ueberzeugung war sein ganzes Innere so erfüllt, als hätte ihm das waltende Geschick selbst unantastbare Bürgschaft dafür gegeben.

Und aus dieser Ueberzeugung entsprang sein Entschluß, so rasch wie möglich sich sein Glück zu sichern, des Vaters Ratschlag so rasch wie möglich zu befolgen. Eben wollte er, freudig bewegt, diesen Entschluß dem Vater mitteilen, da erhob sich draußen im Hofe ein Tumult, als wenn ein Unglück geschehen wäre. Rasch trat der alte Höfer an das Fenster, öffnete dasselbe und gewahrte, daß Knechte und Mägde sich um einen halbwüchsigen Jungen geschart hatten, der mit lauter Stimme und lebhaften Gestikulationen irgend etwas den Leuten erzählte, was diese offenbar in Schrecken versetzte.

Auf den Ruf des Bauern: „Fritz, geh mol do her, was is dann los?" trabte der Junge sofort nach dem Fenster und berichtete atemlos:

„Im Staabruch hots e Unglück gebe! Die ganz Wand is zusammegefallen und hot den Balzer, dem alte Lamprecht sei Dortche un noch fünf Mann dodgeschmisse! Dem Schäferjanher sein Heine is ebe gelaafe komme und hots verzählt. Gleich täte se die Dode bringe."

Und um den Anblick des traurigen Zuges nicht zu versäumen, sauste der Fritz schon wieder zum Tore hinaus und den nach dem Walde führenden Weg aufwärts.

Des Dortche dodgeschmisse! Von allem, was aus dem Munde des Buben hervorgesprudelt war, hatte Paul nur dies eine behalten. Dortchen Lamprecht tot? Jetzt, wo er sich zu dem festen Entschlusse durchgerungen hatte, nochmals um sie zu freien! Wo er innerlich dem Augenblick entgegengejubelt hatte, in welchem er die liebliche Gestalt mit seinen Armen umfangen, ihr reizendes Köpfchen an seine Brust drücken würde! Nein, es war nicht möglich! So entsetzlich grausam konnte das Geschick nicht sein, daß es ihm die verlockendste Lebensfreude vorzauberte, um ihn dann in einen Abgrund von Herzleid zu stürzen! Er mußte sich überzeugen, mußte selbst sehen! Vielleicht hatte der Bube falsch gehört oder übertrieben — vielleicht war noch Rettung möglich!

Wie er zum Hause und zum Hoftor hinausgekommen war — er wußte es nicht. Wie ein Rasender stürmte er den nach dem Walde hinaufführenden Fahrweg hinan, auf dem sich weit oben eine dichte Menschenmenge herabbewegte. Die Kunde von dem Unglück mußte sich schon in dem Dorfe verbreitet haben, denn wohl über die Hälfte der Bewohner waren auf den Beinen und den Weg nach dem Steinbruch zu hinaufgeeilt, auf welchem ihnen ein trauriger Zug entgegenkam. Auf zwei Tannenstämmen, die mit schmiegsamen Weidenzweigen verbunden waren, hatten die Steinbrucharbeiter das bewußtlose Dortche gebettet und trugen die Verunglückte langsam dem Dorfe zu. An der Seite dieser improvisierten Bahre schritt der alte Lamprecht mit erdfahlem Gesicht und flackernden Augen, aus welchen eine unsägliche Todesangst um das Leben seines Kindes sprach. Der Schäferhanjer ging an der anderen Seite der Bahre und hatte eben tröstend zu dem Bauern gesagt:

„Du brauchst dir gar kaa Sorg zu mache, Gottfried! Des Mädche kimmt devon, wenns aach vielleicht in der Zeit e bißche schnappt, weil der Brocke es grad an der Fers getroffe hot!" Da drängte sich Paul Höfer durch die die Verunglückte umgebende Menge und stieß, als er Dortchen mit dem totenbleichen Gesicht und geschlossenen Augen auf der Bahre liegen sah, einen herzzerreißenden Schrei aus.

„Dortche, Dortche, es kann jo nit sein! Du darfst nit sterbe!" rief er dann verzweifelt und warf sich neben der Bahre, welche die Träger auf den Boden gesetzt hatten, auf die Knie. „Dortche, hör mich doch, es werd jo noch alles gut!"

Was die Bemühungen des Schäferhanjer und des verzweifelten Vaters nicht zustande gebracht hatten, Dortchen durch Einflößen von Branntwein und Umschläge von kaltem Wasser wieder zum Bewußtsein zu rufen — der innige Ton der Liebe vollbrachte es. Langsam hoben sich die Lider über den braunen Augen und ein glückseliges Lächeln flog über den Mund der Daliegenden, als sie Paul Höfer erkannte.

„Paul!" flüsterte sie leise — „ich wußt, daß du widder kimmst!"

„Dortche, du bist mein un wenn sie dich all von mir ewegreiße wolle — ich loß dich nit!" Und vom heißen Drang des Mitgefühls und der Liebe überwältigt, neigte er sich über das in Tränen lächelnde Gesicht des jungen Mädchens und küßte es auf den Mund.

Ergriffen standen die Umstehenden bei der rührenden Szene; mehrere Frauen fuhren mit ihren Schürzenzipfeln empor, wischten sich die Augen und tauschten ihre Meinungen über das hochinteressante Vorkommnis aus.

Also, er nahm sie doch, trotz alledem! Na, das war ja auch nicht mehr wie recht, denn ohne ihr Eintreten säße er heute noch hinter Schloß und Riegel! Es war nur die Frage, ob das Dortchen überhaupt davon käme. Der Schäferhanjer, der ja mehr verstand, wie ein studierter Doktor, hatte zwar gesagt, das Loch im Kopf und der gebrochene Fuß hätten nichts zu sagen, aber der Himmel wußte, was das Mädchen sonst noch für Knaupen davongetragen hatte, meinte dem Seppel seine Frau, die maulfertige Kathrine. Es war ja ein förmliches Wunder, daß Dortchen bei der Masse des fallenden Gesteins nicht vollständig zermalmt worden war, wie der Balzer, dessen Leichnam noch im Steinbruch lag! Na, hoffentlich behält der Schäferhanjer recht! „Des gibt widder emol e groß Hochzeit, wie lang kaa im Ort gewese is!"

Die Träger hatten jetzt die Bahre wieder erhoben und schritten langsam mit ihrer Last bergabwärts. Dortchen hielt mit ihrer Linken Pauls Hand umschlossen und streckte die Rechte mit bittendem Blick nach ihrem Vater, der dieselbe ergriff und im Weiterschreiten festhielt. So ging der Zug nach dem Dorfe, an dessen Eingang sich wieder eine Menge Leute anschloß, um das Geleit nach dem Klostergute zu geben. Das so schmerzlich entbehrte Vaterhaus nahm die verstoßene Tochter wieder auf, die, getrieben von Kindesliebe, trotz der fast sicheren Aussicht auf einen gräßlichen Tod, nicht gezögert hatte, den Vater zu retten. Dieser heldenmütige Opfermut bewies eine lautere, edle Denkungsart sondergleichen und wog den in einer Stunde des Vergessens begangenen Fehltritt hundertfach auf.

Die Märzsonne hatte sich jetzt siegreich durch den Nebel gerungen und lag hell schimmernd über der romantischen Berglandschaft. Mit ihren wärmenden Strahlen, die von den taufeuchten Wiesen und Wäldern widerglänzten und sich in dem murmelnden Bache spiegelten, verkündete sie den nahen Lenz, den lebenspendenden Himmelsboten, der nach düsteren, trübseligen Wintertagen neue Hoffnungen und neue Lebensfreuden in den Herzen eines jeden Gottesgeschöpfes erweckt.

Schluß folgt.

Zahl der Mitglieder schrumpfte infolge des Krieges von 230 000 auf 58 000 zusammen. Von den 148 000 Eingezogenen kehrten 11 000 nicht wieder in die Heimat. Heute weist die Organisation über 400 000 Mitglieder auf, darunter 67 000 Frauen. Die Eisenbahner, die sich vom Verbande getrennt, zählen auch 350 000 Organisierte. Sollte es gelingen, alle im Postdienst Tätigen organisatorisch unter einen Hut zu bringen, so soll versucht werden, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Transportarbeitern, Eisenbahnern und Postbeamten zu bilden. Als neue Berufssektion hat sich gebildet die des Luftverkehrspersonals. Zu heftigen Auftritten kam es, als Schumann auf die Kriegspolitik zu reden kam und dabei auch u. a. dem Verhalten und Versagen der Rüstungsarbeiter unter stürmischen Beifallskundgebungen Erwähnung tat. So kann nicht weiter gewirtschaftet werden, rief Redner aus, heute herrscht der organisierte Wahnsinn! Die Erregung des Tages fand ihren Höhepunkt, als er zum Schluß auf die politische Intoleranz an einzelnen Orten zu sprechen kam.

Der Kassenbericht zeigte, daß sich die in Köln 1914 beschlossenen Staffelbeiträge außerordentlich gut bewährt haben.

Redakteur Dreher verteidigte die Haltung des Verbandsorgans.

Auf Antrag der Mandatsprüfungskommission erhält Berlin (Sektion 4) eine Rüge, weil zur Delegiertenwahl nur USP.-, oder KPD.-Leute zugelassen wurden.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages erhielt der Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Fritz Scheffel-Berlin, zur Begrüßung des Verbandes das Wort. Nach Wahl von 39 Delegierten zum Gewerkschaftskongreß in Nürnberg setzte die große Debatte zum Vorstandsbericht ein, die durch eine sehr lange Geschäftsordnungsdebatte sehr unglücklich eingeleitet wurde. Die von Berlin beantragte unbeschränkte Redezeit wurde abgelehnt und auf 20 Minuten festgesetzt, worauf die Berliner Delegation unter großer Erregung den Saal verließ. Klose-Berlin wurde als erstem Redner der Opposition unbeschränkte Redezeit zugestanden, dessen Rede dann die Vormittagssitzung ausfüllte. Die Kritik erstreckte sich, soweit sie politischer und wirtschaftspolitischer Natur war, auf all die Fragen, die bei allen zurzeit tagenden Verbandstagen im Vordergrunde der Generaldebatte stehen: Kriegspolitik der Gewerkschaften, die der Politik der Sozialdemokratischen Partei ihren Stempel aufdrückte, Hilfsdienstgesetz, Belagerungszustand, Standgerichtsurteile, angebliche Denunziationen, Haltung des Verbandsorgans u. s. f. Mit besonderer Schärfe wurde gegen Paul Müller vom Vorstande wegen seiner Annexionsartikel im „Courier" vorgegangen. Von den Rednern in der Nachmittagssitzung machte besonders der alte Gewerkschaftskämpe Stuhr aus Hamburg einen tiefen Eindruck, der das einigende Moment in den Vordergrund stellte und mit seinen vom hohen sittlichen Pathos getragenen Worten auf allen Seiten des Hauses frenetischen Beifall erntete, ein Beweis, wie groß der heilige Wille zur Einigkeit in der Arbeiterschaft ist.

## Gegen den Generalstreik.

Der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin erläßt folgenden Aufruf:

Gegenwärtig wird von den Kommunisten und Unabhängigen wieder eifrig Stimmung für einen neuen Generalstreik gemacht. Die Agitation dafür tritt freilich nach außen hin nicht so deutlich in Erscheinung; desto emsiger wird im stillen gearbeitet. Es wird nun zwar von jener Seite der Vorwurf, daß man einen neuen Generalstreik vorbereite, zurückgewiesen. Das gleiche war aber auch im Januar und März der Fall und es darf deshalb wohl mit Recht gesagt werden, daß, je eifriger die Kommunisten und Unabhängigen eine derartige Absicht leugnen, sie um so sicherer vorhanden ist. Man will versuchen, unter der Maske wirtschaftlicher Kämpfe die Arbeiterschaft in einen politischen Streik hineinzutreiben. Dazu sollen besonders die gegenwärtig erhobenen Lohnforderungen der Straßenbahner und Eisenbahner dienen. Vor allem glaubt man, daß es durch einen Streik der Eisenbahner gelingen würde, nicht nur das Wirtschaftsleben lahm zu legen, sondern auch die Regierung zu stürzen. Da die Stimmung bei den Eisenbahnern für den Streik nicht besonders günstig ist, versucht man, sie durch alle möglichen Zusagen, z. B., daß die Arbeiter der Städtischen Elektrizitätswerke die Arbeit zu ihrer Unterstützung niederlegen würden, so daß die Regierung dann unter allen Umständen auch die wirtschaftlichen Forderungen der Eisenbahner bewilligen müßte, für den Streik zu gewinnen, obwohl bei den ungeheuren Zuschüssen, die heute schon die Eisenbahnen erfordern, ein Entgegenkommen nur durch weitere ungeheure Belastung der Steuerzahler möglich ist. Hier will man Tausende von Eisenbahnern, die einem politischen Streik ablehnend gegenüberstehen, ohne daß sie es merken, für die politischen Absichten gewisser Kreise, die sich vorläufig noch vorsichtig im Dunkeln halten, mißbrauchen. Nun könnte dem deutschen Volke und damit dem Proletariat kein größeres Unglück passieren, als wenn im gegenwärtigen Augenblicke gerade nach Friedensschluß das Wirtschaftsleben durch einen politischen Streik erneut aufs allerschwerste erschüttert würde. Ein solcher Streik wäre geradezu ein Verbrechen an der deutschen Volkswirtschaft und damit auch an der Arbeiterschaft.

Wir warnen darum unsere Parteigenossen und alle besonnenen Arbeiter dringend, sich für einen solchen Generalstreik einfangen zu lassen. Im Gegenteil erwarten wir, daß die denkende Arbeiterschaft alles daran setzt, den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft tatkräftig zu unterstützen, um damit auch die Möglichkeit der Sozialisierung zu schaffen.

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Parteigenossen! Folgt nur der Parole der Parteileitung und nicht den Treibereien unverantwortlicher Personen!

## Der Eisenbahnerstreik.

Die Differenzen, die zwischen den Eisenbahnarbeitern, den unteren Beamten und der Eisenbahnverwaltung seit bald drei Monaten bestehen, haben in Berlin zu einem Streike geführt, dessen Umfang immer größer zu werden droht. Die Ursachen des Streiks gehen bis auf Forderungen im März dieses Jahres zurück, die aber nicht bewilligt wurden, weil ihre Erfüllung nach den Berechnungen der Verwaltung rund 2 Milliarden Mark im Jahre erfordern würde. Da die Verhandlungen wiederholt vertagt wurden, gerieten die Eisenbahnangestellten in Steitigkeiten mit den Funktionären ihrer Verbände, denen sie vorwarfen, daß sie sich von der Verwaltung immer wieder vertrösten ließen. Die Vertreter beider Verbände haben sich gegen die Streiks in jetziger Zeit ausgesprochen.

Die Streikenden, die sich besondere Vertretungen geschaffen haben und ohne die Zustimmung ihrer alten Organisation abzuwarten die Arbeit niederlegten, haben folgende Forderungen gestellt: Arbeiter und Beamte 3,25 Mk. die Stunde bei achtstündiger Arbeitszeit, gelernte Arbeiter (Handwerker) 3,50 Mk. die Stunde, Nachzahlung von 600 Mk. an alle Eisenbahner als Teurungsgeld.

Die gestern im Ministerium der öffentlichen Arbeiten aufgenommenen Verhandlungen, an denen sich fast das gesamte preußische Ministerkabinett beteiligte, führten in später Abendstunde noch zu keinem Ergebnis. Finanzminister Südekum erklärte die Forderungen der Eisenbahner als unerfüllbar. Eisenbahnminister Oeser lehnte die Forderungen ebenfalls ab. Sollten sie jedoch bewilligt werden, so müsse man etwa 200 000 überschüssige Hilfskräfte, die infolge der Demobilmachung zur Einstellung gelangt sind, entlassen. Während der Beratungen wurde berichtet, daß die Berliner Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes verhaftet sei, da dieselbe den allgemeinen Streik für abends 6 Uhr proklamiert hatte. Kriegsminister Reinhardt begab sich sofort zum Gewerkschaftshause zur Aufklärung des Tatbestandes. Es ergab sich, daß im dortigen Bureau 500000 Flugblätter des Spartakusbundes gefunden worden sind, worin zum Sturz der Regierung aufgefordert wird. Die Bezirksleitung hatte jedoch mit der Sache nichts zu tun, da die Flugblätter in das Bureau eingeschmuggelt worden waren. Nach einer offiziellen Erklärung der Zentrums- und Bezirksleitung wurden die Verhafteten wieder entlassen.

Wider Erwarten hat der Eisenbahnerstreik im Laufe des gestrigen Donnerstag eine weitere Ausdehnung erfahren. Es haben sich jetzt auch organisierte Beamte dem Ausstand angeschlossen. Zurzeit befinden sich etwa 20 000 Arbeiter im Streik. Alle Berliner Eisenbahnhauptwerkstätten feiern.

Reichswehrminister Noske hat auf Grund des Belagerungszustandes eine Verordnung erlassen, wonach es den im Eisenbahnbetrieb beschäftigten Personen verboten ist, die Arbeit niederzulegen oder zu verweigern, wenn sie nicht den Nachweis der Arbeitsunfähigkeit erbringen. Personen, die die Arbeit bereits niedergelegt haben, müssen die Arbeit am 28. Juni wieder aufnehmen. Diese Verordnung gilt für den Befehlsbereich des Oberbefehlshaber in den Marken.

## Aus der Partei.

**Das Stendaler Parteiblatt beschlagnahmt.** Gestern morgen erschien im Auftrage des Ersten Staatsanwalts die Polizei, um die Redaktion über den Verfasser der gegen den Magistrat gerichteten Angriffe in der vorigen Nummer des Blattes zu vernehmen. Selbstverständlich wurde jede Auskunft verweigert. Darauf schritt man zur Beschagnahme der Nummern, die nicht mehr durch den nach § 7 des alten Preßgesetzes vorgeschriebenen Verantwortlichen unterzeichnet sind. Obwohl diese Vorschrift seit der Revolution beseitigt und Herstellungsort und Drucker aus dem Blatt zu ersehen ist, wurden 41 Exemplare beschlagnahmt. Gegen dieses Vorgehen des Ersten Staatsanwalts wurde sofort beim Justizminister Protest erhoben.

## Aus Nah und Fern.

**Die Kommunalisierung der Berliner Straßenbahn** wird nunmehr erfolgen, nachdem die Verhandlungen abgeschlossen sind. Der Uebernahmepreis beträgt 137½ Prozent des Aktienkapitals (rund 137½ Millionen Mark) Die 37½ Millionen werden mit Rücksicht auf den von der Gesellschaft angesammelten Tilgungsfonds bezahlt.

**Neue Unruhen in Berlin.** In den westlichen Vororten kam es gestern abend zu schweren Plünderungen und Räubereien. Ihren Anfang nahmen sie in einer Bäckerei auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz. Die Plünderungen nahmen schnell einen großen Umfang an und dauern zur Nacht noch fort. Gegen 9½ Uhr begannen dann auch in Friedenau Plünderungen. Die Plünderer versammelten sich von den Geschäftsläden, Bäckereien, Schlachtereien, Lebensmittelgeschäften und Warenhäusern, die Fenster wurden eingeschlagen und die Geschäfte ihrer Waren beraubt und das Inventar zertrümmert.

**Schwere Unruhen in Landsberg.** In der letzten Nacht kam es zu schweren Unruhen. Nachdem sich Menschenmassen auf dem Markt ansammelten, hauptsächlich im jugendlichen Alter von 18 bis 20 Jahren, wurde zur Plünderung des Proviantamtes aufgehetzt. Die Menge zog darauf zu dem jenseits der Warthe gelegenen Proviantamt. Man schlug die Türen ein und begann das Proviantamt zu plündern. Die aufgebotene Polizei und Feuerwehr waren machtlos. Eine Abteilung des Feld-Art.-Regts. Nr. 54 mußte bald die Waffen strecken. Das ganze Proviantamt wurde restlos ausgeplündert. Der Schaden beträgt weit über eine halbe Million. In den Morgenstunden zog die Menge dann zu den Bahnbogen, die von der Stadt zur Lebensmittelausgabe und Lebensmittelniederlagen verwandt werden. Auch dort wurde eingebrochen und geplündert. Buttervorräte, Schmalz und Fett wurden geraubt. Vormittags ist die Plünderung im Proviantamt noch in vollem Gange. Hafer wird wagenweise weggefahren; das gesamte Lederzeug wurde geraubt; militärische Hilfe konnte bisher noch nicht herangeholt werden. Die Bäckereien sind früh von der Menge gestürmt worden, sodaß Landsberg mittags ohne Brot ist.

**Ausschreitungen in Frankfurt a. O.** Nachdem bereits auf dem Obst- und Gemüsemarkt Plünderungen vorgekommen waren, zog eine Menge vor das Gefängnis und befreite sämtliche Gefangene, darunter einen Mörder. In der Stadt plünderte die Menge eine größere Zahl Läden und Warenhäuser, mehrere Restaurationen und Cafés. Als die Regierungstruppen einschritten, war ein großer Teil des Unheils schon geschehen. Auf dem Marktplatz sind zahlreiche Läden, vor allem Warenhäuser und Konfektionsgeschäfte geplündert und zerstört worden.

**Ein Eifersuchtsdrama in Danzig.** In Danzig-Langfuhr hat der Bankbeamte Kunter den polnischen Major der Reserve v. Ostuia-Jagorski, den er bei seiner Geliebten überraschte, erschossen.

**Brückenattentate.** Aus Oppeln wird gemeldet: In der Nacht spielte sich ein schwerer Kampf mit einer bewaffneten Bande um den Bahnhof Oppeln und die Eisenbahnbrücke über die Oder ab. Die Bande wurde mit Gewehrfeuer, Maschinengewehrfeuer und Handgranaten vertrieben. Der Kampf begann um 11 Uhr abends und zog sich bis in die Morgenstunde hin.

**Geschäftstüchtig.** In Herne in Westfalen erläßt ein Zirkusbesitzer folgendes Zeitungsinserat: „Die Unterzeichnung des Friedensvertrages kann nicht viel mehr Aufsehen erregen als das jetzige Sensationsprogramm des Zirkus-Varietés Bahnhofstr. 7." Der Mann hat zwar nicht die Psychologie des deutschen Volkes, aber eines größeren Teils des deutschen Volkes leider nur gar zu tüchtig begriffen und eingeschätzt.

# Einwohnerwehr.

**Der Ernst der Zeit gebietet es, daß jeder militärisch ausgebildete, mindestens 24jährige Einwohner Lübecks, der die bestehende Regierung erhalten will, sich sofort zum Eintritt in die Einwohnerwehr meldet.**

**Die Meldung kann schriftlich oder mündlich bei den Polizeiwachen, den Polizeistationen, sowie im Hause Johannisstraße Nr. 48 und im Hause Königstraße Nr. 5 erfolgen.**

**Lübeck, den 26. Juni 1919.** (4095

**Das Polizeiamt.**

## Bekanntmachung.

**Die Anwerbungsstelle Baltenland, Zweigstelle Lübeck,** heißt jetzt

**Werbestelle O. K. Nord (früher Baltenland) Zweigstelle Lübeck.**

Die Werbestelle bleibt in den alten Räumen Hotel Union, Kaiserstraße 15. (4096

Die Werbestelle nimmt für die Reichswehrtruppen des ganzen Bereichs des A. O. K. Nord weiter Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die entschlossen sind die bedrohten Grenzen im Osten zu schützen, zu den bekannten, günstigen Bedingungen an.

**Werbezentrale Lübeck.**

Nach langem Leiden entschlief am 24. Juni unser erster Maschinenmeister

**Herr Johannes Runge.**

Wir betrauern in dem Hingeschiedenen einen langjährigen, pflichttreuen Mitarbeiter und werden ihm ein dauerndes Gedenken bewahren.

**Jost Hinr. Havemann & Sohn.**

Lübeck, den 26. Juni 1919. (4071

:: Komitee- und Komissionssitzungen ::

**Sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion.**

**Freitag abend 7½ Uhr Sitzung im Rathause.** 4083

**Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebenen: Ortsgr. Lübeck.**

An den Folgen seines im Felde zugezogenen Leidens starb unser lieber Kamerad 4097) **Otto Hudoffsky.**

Ehre seinem Andenken! Beerdigung am Sonnabend, vorm. 8½ Uhr, auf dem Ehrenfriedhof. Die Kameraden versammeln sich um 8 Uhr Restaur. z. Stadtpark. Zahlreich. Erscheinen dring. erwünscht. **Der Vorstand.**

Am 24. Juni verschied durch tödlichen Unglücksfall unser lieber, guter Sohn (4101

**HERMANN**

im Alter von 21 Jahren.

Dies zeigen an die tiefbetrübten Eltern

**Carl Jürgens u. Frau** geb. Staack nebst Familie und Braut.

Bad Schwartau, 26. Juni.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 28. Juni, nachm. 3½ Uhr vom Trauerhause, Kaltenhof 22, aus statt.

Gesucht eine Gehilfin für Damenschneiderei, auch für halbe Tage. (4082

Timm, Johannisstr. 46, III.

**Sozialdemokrat. Verein Lübeck.**

Am 24. d. Mts. starb unser Genosse (4075

**Otto Hudoffsky,**

Zimmerer.

Ehre seinem Andenken!

Trauerfeier am Sonnabend, dem 28. d. Mts., um 8½ Uhr vorm., in der Kapelle des Allg. Gottesackers, Beisetzung auf dem Ehrenfriedhof.

**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Verein, Seeretz.**

Am 24. d. Mts. starb unser Genosse (4078

**Friedrich Rehder.**

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, d. 30. Juni, morgens 10½ Uhr, von der Kapelle des Burgtorfriedhofes aus statt.

**Der Vorstand.**

Billig zu verkauf. 2 fast neue Herrenhüte, Gr. 55 u. 56. 4079) Ziegelstr. 19 a, pt.

Eine gute Milchziege zu verkaufen. 4076) Schwartau, Kaltenhoferstr. 17.

Zu verk. 1 fast neuer Trauerhut (Rundform), 40 Stück Blumentöpfe (mittel). 4077) Stavenstraße 5.

Zu verkfn. Kinderklappwagen, Konzertzith., ein. Herren- u. Kind.-Strohhüte, 2 Zimmermannsböcke 4106) Wakenitzmauer 200.

**Zentralverband der Zimmerer Deutschlands**

Zahlstelle Lübeck.

**Nachruf!**

Am 24. Juni starb unser wertes Mitglied (4102

**Otto Hudoffsky.**

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 28. Juni, 8½ Uhr morgens, von der Kapelle des Allg. Gottesackers aus statt.

**Der Vorstand.**

Zu verk. ein guterh. Sportwagen mit Verdeck. (4081 Margaretenstr. 9, Etg. rechts.

Plüschgarnitur, rot, Sofatisch und Bettstelle zu verkaufen. 4092) Glandorpstr. 34 pt.

Zu vertauschen ein Paar neue Damenstiefel, Gr. 38 gegen 40. 4107) Schützenstraße 54 b, II.

Kleines solides Geschäft zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preis unter **SD** a. d. Exped. (4099

Gesucht zirka 8 Zentner gutes Ziegenheu. (4105 Moislinger Allee 86 c, pt.

**Entflogen**

2 rote Tauben mit Fußring. Gegen Belohnung abzugeben 4080) **Untertrave 24.**

**Kartenbriefe**

sind vorrätig.

**Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.**

**J. H. Pein**

Am Markt 12. Breite Straße 64. 4087

Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren :: Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunen Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

**Hillgers Handbuch**

**der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919**

enthält Lebenslauf und Bilder der Mitglieder d. Nationalversammlg.

**2.50 Mk.**

**Buchhdl. Fr. Meyer u. Co.**

Johannisstraße 46.

**Dachpappe, Steinkohlenteer Holzteer, Carbolineum** 4086

empfiehlt **Wilhelm Hohenschild,** Marli-Drogerie, Marlstr. 42 c.

Haltbare **Hosenträger** weiche Kragen zum Selbstwaschen **Krawatten** Papier-Wäsche

**Aug. Janensch**

4089 Sandstraße 6.